

N i e d e r s c h r i f t

der 9. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am
26.04.2000 - *ö f f e n t l i c h*

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14.20 Uhr bis 19.00 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitslisten im Anhang der Niederschrift

Die 9. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Gegenwärtig seien 46 Mitglieder des Stadtrates (81%) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Abzusetzen seien die TOP 13 und 14 - Beschlussvorlagen - **Änderung der Satzung des Jugendamtes** - Vorlage Nr. III/2000/00605 - und **Verkehrsbedienungsvertrag** - Vorlage Nr. III/2000/00492.

Vorzunehmen sei die Ernennung der gewählten Oberbürgermeisterin.

Der Hauptausschuss empfehle die Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage zur Realisierung der ÖPNV-Schnittstelle Rosengarten.

Außerdem werde die Verabschiedung einer Resolution des Rates der Stadt Halle (Saale) zur Fusion der VEW AG und der RWE AG vorgeschlagen

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, nahm Bezug auf eine Festlegung des Hauptausschusses, wonach heute noch Informationen zur Vorlage ÖPNV-Schnittstelle Rosengarten gegeben werden sollten.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, sagte diese Zuarbeit bei Behandlung der Vorlage zu.

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, meinte, eine Aufhebung eines Stadtratsbeschlusses, wie hier vorgeschlagen werde, sei erst nach sechs Monaten zulässig.

Herr **Bönisch** verwies auf den entsprechenden Paragraphen der Geschäftsordnung, der aus-
sage, dass so verfahren werde müsse, wenn ein Antrag auf Aufhebung eines Beschlusses abgelehnt worden sei.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, erklärte, wenn die Verwaltung die Aufnahme einer Dringlichkeitsvorlage beantrage, müsse erst über deren Aufnahme mit der erforderlichen Mehrheit abgestimmt werden. Aus den bisherigen Äußerungen klinge es so, als ob die Vorlage schon auf der Tagesordnung stünde.

Herr **Bönisch** bestätigte, man sei immer noch in der Diskussion zur Tagesordnung, die Abstimmung folge noch.

Herr **Doege** wies darauf hin, dass ein Antrag der HAL-Fraktion in den nichtöffentlichen Teil der Tagung gehöre.

Herr **Bönisch** bedankte sich für den Hinweis. Er stellte keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung fest. Gegen den Vorschlag, die Aufnahme der drei zusätzlichen Punkte gemeinsam abzustimmen, gab es Widerspruch.
Es erfolgte eine Einzelabstimmung:

Abstimmung zur Aufnahme des Punktes Ernennung der
Oberbürgermeisterin: mit Zweidrittelmehrheit z u g e s t i
m m t

Abstimmung zur Aufnahme Dringlichkeitsvorlage
Rosengarten: bei 32 Ja-Stimmen (keine
Zweidrittel-
mehrheit= 38) a b g e l e h n t

Abstimmung zur Aufnahme der Resolution: mit Zweidrittelmehrheit z u g e s t i
m m t

Abstimmung zur Tagesordnung:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende T a g e s o r d n u n g bestätigt:

Ernennung der gewählten Oberbürgermeisterin

- 01 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22. März 2000
- 02 Genehmigung der Niederschrift der 8. Tagung am 22. März 2000 (öffentlicher Teil)
- 03 Halle-Pass
Vorlagen-Nr.: III/2000/00521
- 04 Rahmenbedingungen für den Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern der sozialen Arbeit
Vorlagen-Nr.: III/2000/00536
- 05 Vergabe von drei Straßennamen
Vorlagen-Nr.: III/2000/000642
- 06 Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/1999/00342
- 07 Beschluss über die zum Planvorentwurf/Planentwurf B-Plan Nr. 74 der Stadt Halle, Eislebener Straße/ Soltauener Straße vorgebrachten Anregungen
Vorlagen-Nr.: III/2000/00505
- 08 Beschluss zur Satzung und Begründung des Bebauungsplanes Nr. 74 der Stadt Halle, Eislebener Straße/ Soltauener Straße
Vorlagen-Nr.: III/2000/00506
- 09 Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle, Ifd. Nr. 3 „Sondergebiet Hafen“ in Halle-Trotha
Vorlagen-Nr.: III/2000/00491
- 10 Änderung der Satzung und der Gebührensatzung der Volkshochschule Halle
Vorlagen-Nr.: III/1999/00257

- 11 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 1997/1998 neues theater/schauspiel halle
Vorlagen-Nr.: III/2000/00609
- 12 Bericht zur lokalen Agenda 21 in Halle (Saale) gemäß Beschluss-Nr.: 98/I-38/A-350
Vorlagen-Nr.: III/2000/00640
- 13 Resolution des Rates der Stadt Halle (Saale) zur Fusion der VEW AG und der RWE AG und den sich daraus ergebenden eventuellen Konsequenzen
- 14 entfällt
- 15 Wiedervorlage
- Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die Einrichtung eines Kundendienstes/ Kundenservices für Investoren in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: 99/I-52/A-560
- Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion - zur Einführung einer halleschen Museenkarte
Vorlagen-Nr.: III/1999/00228
- Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die Entscheidung über die Höhe der Eintrittspreise in eigener Zuständigkeit
Vorlagen-Nr.: III/1999/00361
- Antrag der HAL-Fraktion - Herstellung und Bereitstellung von Abstellplätzen für Fahrräder - Fahrradabstellsatzung
Vorlagen-Nr.: III/2000/00423
- Antrag der HAL-Fraktion - betreffend unbare Zuschüsse zur Mittagsversorgung der Verwaltungsmitarbeiter
Vorlagen-Nr.: III/2000/00471
- Antrag der SPD-Fraktion - Radverkehrskonzeption Altstadt, Satzung für Fahrradabstellanlagen im Altstadt kern
Vorlagen-Nr.: III/2000/00480
- 16 Anträge von Fraktionen und Stadträten
- Antrag der Stadträte Dr. Bergner und Misch, CDU - Prüfung auf Zulassung für Radfahrer
Vorlagen-Nr.: III/2000/00639
- Antrag der Stadträte Bönisch und Kautz, CDU - Einrichtung von Stellplätzen für Pkw im Bereich des Hallmarktes
Vorlagen-Nr.: III/2000/00630

Antrag der CDU-Fraktion - Erarbeitung einer Konzeption für ein mittelfristiges
Straßeninstandsetzungsprogramm
Vorlagen-Nr.: III/2000/00629

Antrag des Stadtrates Dr. Fritsch, CDU - Baumschutzsatzung der Stadt Halle
(Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2000/00628

Antrag des Stadtrates Köhler, CDU - Verkauf des "Pionierhauses" auf der
Peißnitz
Vorlagen-Nr.: III/2000/00635

Antrag der F.D.P.-Fraktion - Privatisierung des Kabarett
"Die Kiebitzensteiner"
Vorlagen-Nr.: III/2000/00637

Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Kiel, PDS - bezüglich Organisation und
Bedingungen
des Unterrichts im Fach "Arbeit, Wirtschaft, Technik" (AWT) speziell am AWT-
Zentrum Rosengarten
Vorlagen-Nr.: III/2000/00618

Antrag der PDS-Fraktion - zur Bildung eines Organisationskomitees für
sportliche
Großveranstaltungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2000/00619

Antrag der PDS-Fraktion - "500-Jahrfeier der MLU"
Vorlagen-Nr.: III/2000/00638

Antrag der Stadträtin Prof. Vent, Mitbürger e.V. - Grundsätzliche Bewertung
der Bewerberkonzepte bei Grundstücksverkäufen durch den Planungs- und
Umweltausschuss
Vorlagen-Nr.: III/2000/00621

Antrag der Stadträtin Dr. Haerting, B⁹⁰/GRÜNE - Bericht über die Teilnahme
am
car-sharing des Vereins teilAuto Halle e.V.
Vorlagen-Nr.: III/2000/00623

Antrag der Stadträtin Prof. Vent, Mitbürger e.V. - zur Gestaltung der
Papierkörbe in
Halle
Vorlagen-Nr.: III/2000/00641

Antrag der SPD-Fraktion - Verbesserung der Parksituation für Anwohner und
Gewerbetreibende in der Lauchstädter und Merseburger Straße
Vorlagen-Nr.: III/2000/00643

Antrag des Stadtrates Lorenz, SPD - Verbesserung der Parksituation für
Gewerbetreibende und Anwohner in der Merseburger Straße (1)
Vorlagen-Nr.: III/2000/00644

Antrag des Stadtrates Lorenz, SPD - Halteverbot und Linksabbiegespur am
Robert-Franz-Ring
Vorlagen-Nr.: III/2000/00645

Antrag des Bildungsausschusses - zum Ansparen der Einsparungen aus dem
Projekt „Klimaschutz macht Schule“
Vorlagen-Nr.: III/2000/00648

17 Anfragen von Stadträten

Anfrage der Stadträtin Gerlach, MBL - betreffs des Zustandes von Straßen-
namensschildern
Vorlagen-Nr.: III/2000/00649

Anfrage der Stadträtin Gerlach, MBL - betreffs der Benennung von Haltestellen
Vorlagen-Nr.: III/2000/00650

Anfrage der CDU-Fraktion - Freie Fahrt für Bahnen und Busse
Vorlagen-Nr.: III/2000/00632

Anfrage des Stadtrates Kupke, CDU - Zuständigkeit für die Bäumung von
„herrenlosem“ Sperrmüll
Vorlagen-Nr.: III/2000/00633

Anfrage der CDU-Fraktion - Haus Große Märkerstraße 5
Vorlagen-Nr.: III/2000/00634

Anfrage der PDS-Fraktion - Straßenbeleuchtung an verschiedenen Orten in der
Stadt
Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2000/00631

Anfrage der PDS-Fraktion - Gedenkstätte der Märzgefallenen auf dem
Ammendorfer Friedhof
Vorlagen-Nr.: III/2000/00636

Anfrage des Stadtrates Prof. Dr. Kiel, PDS - zum vorgesehenen und notwendigen
Neubau eines Feuerwehrgebäudes im Stadtteil Reideburg
Vorlagen-Nr.: III/2000/00602

Anfrage des Stadtrates Dr. Bartsch, PDS - zur Verschmutzung von
Kinderspielplätzen
Vorlagen-Nr.: III/2000/00604

Anfrage der Stadträtin Prof. Vent, MitBürger e.V. - zum Internationalen
Kindertag
am 1. Juni 2000

Vorlagen-Nr. : III/2000/00625

Anfrage der Stadträte Tannenberg und Dr. Yousif, PDS und Weiland, HAL
B 90/GRÜNE - zum Deutschunterricht für Migrantinnen und Migranten
Vorlagen-Nr. : III/2000/00627

Anfrage des Stadtrates Stemme, MBL - betreffs Beleuchtung der Berliner
Chaussee (B 100)
Vorlagen-Nr. : III/2000/00651

Anfrage des Stadtrates Biesecke, SPD - zur Stadtplanung südlich Franz-Heyl-
Straße
Vorlagen-Nr. : III/2000/00646

18 Mitteilungen

Ernennung der gewählten Oberbürgermeisterin

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Bönisch, verlas in Anwesenheit der gewählten Oberbürgermeisterin, Frau Ingrid Häußler, die Ernennungsurkunde:

„Im Namen der Stadt Halle (Saale) ernenne ich Frau Ingrid Häußler, geb. am 18. März 1944 in Görlitz, mit Wirkung vom 1. Mai 2000 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für eine Amtszeit von sieben Jahren zur Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale).“

Frau Häußler bedankte sich bei den Stadträtinnen und Stadträten und äußerte den Wunsch nach einer konstruktiven, in der Sache begründeten Zusammenarbeit im Stadtrat. Sie freue sich auf diese Zusammenarbeit und biete ihr ganzes Entgegenkommen an.

Zu TOP 01 - Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Tagung gefassten Beschlüsse der 8. Tagung des Stadtrates am 22.03.2000

Der Vorsitzende des Stadtrates verlas vier Beschlüsse.

Zu TOP 02 - Genehmigung der Niederschrift

Die Genehmigung der Niederschrift der 8. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 22.03.2000 wurde nach allgemeiner Zustimmung - die Zeit zum Lesen der Niederschrift sei zu kurz gewesen - in die Maitagung des Stadtrates *v e r t a g t*.

Zu TOP 03 - Beschlussvorlage - Halle-Pass Vorlage Nr. III/2000/00521

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, zeigte sich überrascht, dass in der Vorlage immer noch falsche Essenzuschüsse genannt würden. Im Sozial- und Gesundheitsausschuss sei die Änderung zugesagt worden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** vermerkte, richtig sei:
1,70 DM bei Halle-Pass A und 1,00 DM bei Halle-Pass B.
(Stadträte wiesen auf ein Austauschblatt zur Vorlage hin, in dem die Zuschüsse richtig genannt worden seien.)

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass im Finanzausschuss eine Differenzierung der Hortzuordnung beschlossen worden sei. Diese sei jetzt in der Vorlage nicht da.

Frau Bürgermeisterin Szabados erklärte, dass sei im Protokoll des Finanzausschusses vermerkt worden. Es müsse also überall heißen: Horte *nach Hortgesetz*.

Ebenso sei im Protokoll des Sozial- und Gesundheitsausschusses notiert, dass nur Einwohner

der Stadt Halle „Personen“ im Sinne dieser Vorlage seien.

Herr Doege, CDU-Fraktion, ging auf Ziffer 5 des Beschlusses ein. Im zweiten Anstrich sollte es heißen: Eintritt/Gebühr.

Nach Hinweis von Herrn Beigeordneten Gärtner, dass bei verschiedenen Einrichtungen Entgelte entrichtet werden, bestand Konsens zur Formulierung: *Eintritt/Entgelt*.

Herr Godenrath, CDU-Fraktion, äußerte, normalerweise gebe es eine geänderte Vorlage zur Stadtratstagung, wenn Ausschüsse Veränderungen beschlossen haben.

Frau Bürgermeisterin Szabados bestätigte, das könne man so machen, man könne es aber auch hier zu Protokoll geben, dann werde es in dieser geänderten Form beschlossen und man müsse wegen einem Wort nicht noch einmal eine geänderte Vorlage herausgeben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00521 - Halle-Pass

1. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 21.04.93 (93/I-37/789 Einführung des Halle-Passes A), vom 19.05.93 (93/I-38/789 Einführung Halle-Pass B) und vom 25.05.94 (94/I-49/1128 Einführung Halle-Pass G) werden aufgehoben.

2. Die Vergünstigungen für sozial schwache und bedürftige Einwohner der Stadt Halle nach den Halle-Pässen A, B und G werden nach Maßgabe dieses Beschlusses und der darin

enthaltenen Veränderungen fortgeführt. Die Höhe der einzelnen Vergünstigungen bleiben unverändert.

3. Für alle Ermäßigungen für sozial Schwache, die unter „Halle-Pass“ gewährt werden, ist der Sozial- und Gesundheitsausschuss der federführende Ausschuss. Andere Ausschüsse sollen sachgerecht einbezogen werden.
4. Anspruchsberechtigung für den Halle-Pass

Halle-Pass A

Einen Anspruch auf den Halle-Pass A haben alle Einwohner der Stadt Halle, deren Einkünfte die 110%ige Bedarfsgrenze nach dem Bundessozialhilfegesetz nicht überschreiten. Zu den Anspruchsberechtigten zählen nach dieser Maßgabe auch Wehrdienstleistende, Zivildienstleistende, Studenten, Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge. Abweichend von den Mehrbedarfsregelungen im Bundessozialhilfegesetz wird bei Alleinerziehenden mit mindestens einem Kind unter 16 Jahren im Haushalt ein Mehrbedarfszuschlag von 20% des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes in die Bedarfsrechnung einbezogen.

Halle-Pass B

Anspruch auf die Vergünstigungen nach dem Halle-Pass B haben alle Einwohner der Stadt Halle, die aufgrund ihrer Einkommenslage von der Zuzahlungspflicht für Arzneimittel und Verbandstoffe befreit sind und eine entsprechende Bescheinigung ihrer Krankenkasse vorlegen können.

Halle-Pass G

Anspruchsberechtigt für Leistungen aus dem Halle-Pass G sind Einwohner der Stadt Halle mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung, deren Einkommen die Einkommensgrenze des § 81 Abs. 2 BSHG nicht übersteigt.

5. Der Leistungskatalog des Halle-Passes wird wie folgt festgelegt:

Halle-Pass A

Der Halle-Pass A wird weiterhin an die Empfänger laufender Sozialhilfe automatisch versandt. Der Pass hat eine jeweilige Gültigkeitsdauer von 6 Monaten.

Einwohner der Stadt Halle, deren Einkommen die 110%ige Bedarfsgrenze nach dem

Bundessozialhilfegesetz nicht übersteigt, die aber nicht laufende Sozialhilfe beziehen,
erhalten den Halle-Pass auf Antrag vom Sozialamt. Inhaber des Halle-Passes A können
von der HAVAG gegen Vorlage der dem Halle-Pass beigefügten Wertmarke pro Person
und Monat je ein um 8,- DM verbilligtes Ticket zur Benutzung des ÖPNV erwerben.
Darüber hinaus haben sie folgende Vergünstigungen:

1. ____
2. - Ermäßigungen bzw. Befreiungen bei der Kinder- und Schülerspeisung sowie bei den
Hortgebühren
- freier bzw. ermäßigter Eintritt bei folgenden Einrichtungen:

Konservatorium	Kabarett Kiebitzensteiner
Thalia-Theater	Puppentheater
Händelhaus	Neues Theater
Philharmonie	Zoo
Theater, Satire und Figuren	Schullandheime
Opernhaus	Museen
städtische Frei- und Hallenbäder, zugehörige Saunen	
Volkshochschule	

Halle-Pass B

Inhabern des Halle-Passes B steht keine Fahrpreisermäßigung bei der HAVAG zu. Im Kultur- und Sportbereich erhalten die Inhaber des Halle-Passes B die gleichen Eintrittsermäßigungen wie die Inhaber des Halle-Passes A. Außerdem erhalten die Besitzer des Halle-Passes B bei der Kinder- und Schülerspeisung ebenfalls eine Ermäßigung, die allerdings geringer ist, als beim Halle-Pass A.

Halle-Pass G

Beim Halle-Pass G wird die Gültigkeitsdauer des Passes auf 3 Monate verkürzt. Gleichzeitig werden die Wertmarken zur Inanspruchnahme des Behindertenfahrdienstes zukünftig in 8 Marken à 7,50 DM pro Monat gestückelt. Die Abrechnung im Rahmen des Halle-Passes gegenüber den beteiligten Taxiunternehmen erfolgt zukünftig nur gegen Vorlage einer vom berechtigten Behinderten unterschriebenen Fahrtquittung in Höhe der tatsächlich entstandenen Aufwendungen. Die Unterschrift des Behinderten kann im Bedarfsfall durch die Unterschrift des Auftraggebers ersetzt werden.

**Zu TOP 04 - Beschlussvorlage - Rahmenbedingungen für den
Abschluss
von Vereinbarungen mit Trägern der sozialen Arbeit**
Vorlage Nr. III/2000/00536

Herr Geuther, CDU-Fraktion, fragte, ob die betroffenen freien Träger mit dieser Regelung einverstanden seien.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dies sei diskutiert worden mit der Liga der Wohlfahrtsverbände. Natürlich gebe es einige Träger, die meinten, ihre Arbeit sei so wichtig, dass sie in eine höhere Priorität sollten. Im Sozialausschuss habe man sich zu den Prioritäten mehrheitlich verständigt. Die freien Träger seien auch der Meinung, dass es wichtige Dinge wären, die in den Rahmenbedingungen benannt seien. Die Träger hätten eine bessere Planungssicherheit durch solche Leistungsverträge, für die Stadtverwaltung wäre dies auch eine Erleichterung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2000/00536 - Rahmenbedingungen für den Abschluss von
Vereinbarungen
mit Trägern der sozialen Arbeit**

Den vorgestellten Rahmenbedingungen wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, trägerkonkrete Verhandlungen zu führen und die jeweiligen Vereinbarungen auf der Grundlage dieses Beschlusses abzuschließen.

Die erforderlichen Finanzmittel sind jährlich im UA 4700 bereitzustellen.

Zu TOP 05 - Beschlussvorlage - Vergabe von drei Straßennamen

Vorlage Nr. III/2000/00642

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00642 - Vergabe von drei Straßennamen

Die Vergabe von drei Straßennamen gemäß beiliegenden Anlagen wird befürwortet und den Namensvorschlägen wird zugestimmt.

**Zu TOP 06 - Beschlussvorlage - Wahl des Kreisjägermeisters und der
Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage Nr. III/1999/00342

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Es erfolgte eine offene Wahl, dabei wurde vorgeschlagen, über die Wahl des Kreisjägermeister und die Wahl der Mitglieder des Jagdbeirates getrennt abzustimmen. Dazu gab es keine gegenteiligen Meinungen.

Abstimmung zur Wahl Kreisjägermeister:
Stadträte

mit Mehrheit der anwesenden
z u g e s t i m m t

Abstimmung zur Wahl Mitglieder Jagdbeirat:
Stadträte

mit Mehrheit der anwesenden
z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/1999/00342 - Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale)

Der Stadtrat wählte folgende Personen:

- als Kreisjägermeister: Herr Hubert Seibicke,
 - als Mitglieder des Jagdbeirates:
 1. Herrn Gerd Schaaf
 2. Herrn Rolf Berge
 3. Herrn Arnold Klenke
 4. Herrn Walter Reuß
 5. Herrn Jan Sonntag
-

Zu TOP 07 - Beschlussvorlage - Beschluss über die zum Planvorentwurf/Planentwurf B-Plan Nr. 74 der Stadt Halle,

Eislebener

Straße/Soltauer Straße vorgebrachten Anregungen

Vorlage Nr. III/2000/00505

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00505 - Beschluss über die zum Planvorentwurf/Planentwurf
B-Plan Nr. 74 der Stadt Halle, Eislebener

Straße/Soltauer

Straße vorgebrachten Anregungen

Der Stadtrat bestätigt die Entscheidungsvorschläge der Verwaltung zu den zu
Planvorentwurf und Planentwurf vorgetragenen Anregungen.

Zu TOP 08 - Beschlussvorlage - Beschluss zur Satzung und
Begründung

des Bebauungsplanes Nr. 74 der Stadt Halle, Eislebener
Straße/Soltauer Straße

Vorlage Nr. III/2000/00506

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

nutzungsplanes für außerordentlich überflüssig halte, nur weil sie im Zusammenhang mit dem Hafenausbau in Halle stehe. Selbst der Einsatz von Fördermitteln aus den EU-Regionalfonds in diesem Bereich werde nicht unbedingt dazu führen, dass der Hafen sehr stark frequentiert werde. Man hätte diese Fördermittel sicher besser in der Stadt einsetzen können. Seiner Fraktion wäre es lieber gewesen, wenn diese Grünfläche an dieser Stelle erhalten geblieben wäre.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planen und Umwelt, nahm dieses Statement zur Kenntnis. Im Fachausschuss sei alles ausführlich diskutiert worden. Auf Seite 3 sei eine Korrektur vorzunehmen: Es müsse im zweiten Absatz, 1. Zeile, heißen: *Landschaftsschutzgebiet* (nicht: Naturschutzgebiet).

Frau Dr. Haerting, HAL-Fraktion, machte auf den Hochwasserschutzaspekt aufmerksam. Es sei natürlich für ein Hochwasser eine relativ kleine Fläche, dennoch sei es so, dass diese Fläche dem Hochwasserschutz verloren gehe. Auch der Rhein sei nicht mit einem Mal befestigt worden, das sei genau so Stück für Stück passiert, wie man es jetzt in Halle mache. Man werde sicher an anderen Stellen auch wieder Beschlüsse fassen, wo dem Fluss Überschwemmungsgebiet einfach weggenommen werde. Wenn man so weitermache, habe man irgendwann ein Riesenproblem. Sie bitte, das bei der Abstimmung zu bedenken.

Herr Dr. Köck, PDS-Fraktion, gab Frau Dr. Haerting Recht. Für ihn sei die Saale eine Bundeswasserstraße. Eine Untere Wasserbehörde genehmige hier in einer Angelegenheit, wo sie befangen sei bei einem 100% städtischen Unternehmen. Das sei für ihn in höchstem Maße rechtlich bedenklich. Hier hätte die Obere Wasserbehörde des Regierungspräsidiums die Entscheidung treffen müssen. Es stehe in der Vorlage, dass der Ausgleich für die 25 000m² Retentionsfläche geschaffen werden soll. Er frage sich, wo das geschehen sei. In der Vorlage sei das nicht festgeschrieben worden. Ihm sei nicht bekannt, dass im Rahmen von Genehmigungsverfahren Vergleiche geschlossen würden. In der Vorlage stehe, dass die Hafen GmbH Einspruch erhoben habe und dann sei ein Vergleich geschlossen worden. Für ihn sei die Vorlage aus rechtlichen Gründe bedenklich.

Herr Dr. Busmann erklärte, eben dieses wasserrechtliche Genehmigungsverfahren sei der letzte Stolperstein gewesen, der aus dem Weg geräumt werden musste. Dem Widerspruch sei in der Tat durch einen Vergleich abgeholfen worden. Das habe bei der Oberen Wasserbehörde stattgefunden. Anlass für diesen Vergleich seien die Auflagen gewesen, Ausgleichsflächen zu besorgen. Das habe dann zu einer Regelung im Einvernehmen zwischen dem Widerspruchsführer, Rechtsanwälten und der Oberen Wasserbehörde mit der Unteren Wasserbehörde geführt, und daraufhin sei es zu dieser Genehmigung gekommen. Er schlug vor, diese Informationen zu diesem Vorgang noch einmal durch das Umweltamt zu Protokoll zu geben bzw. den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, meinte, hier gehe es um die Erweiterung eines Gewerbegebietes, um die Verbesserung dessen Vermarktungsfähigkeit und um die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Hier stünden Investoren bereit, die diese Flächen entsprechend besiedeln wollen. Und hier diskutiere man über Sachverhalte, die von verschiedenen Behörden entsprechend der gesetzlichen Richtlinien abgewogen und beurteilt worden seien. Der Stadtrat von Halle müsse sich auch bekennen zu den Gewerbegebieten und zu Neuansiedlungen und zu neuen Arbeitsplätzen. Man dürfe nicht nur über den Halle-Pass sprechen, sondern man müsse auch etwas tun, damit möglichst viele Menschen eigenes Geld verdienen können. Seine Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen.

Frau Dr. Haerting erklärte, man wolle bei der Ablehnung der Vorlage nicht missverstanden werden. Selbstverständlich sei es ihnen wichtig, hier Gewerbe anzusiedeln und selbstverständlich möchte man nicht, dass die Fördergelder der EU nicht nach Halle kommen. Nur sollten sie an einer Stelle eingesetzt werden, wo sie wirklich zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen dienen. Es müsste sich doch längst herumgesprochen haben, dass die Prognosen, die man für den Hafen Halle zunächst sehr hoch gesetzt hatte, massiv nach unten korrigiert worden seien.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00491 - Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle, lfd. Nr. 3 „Sondergebiet Hafen“ in Halle-Trotha

1. Für den Bereich des Hafens Trotha wird die Durchführung eines Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan mit dem Ziel der Erweiterung der "Sonderbaufläche Hafen" beschlossen.

2. Der Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale),

lfd. Nr. 3 "Sondergebiet Hafen" in Halle-Trotha "Änderung von Nutzungsdarstellungen" wird beschlossen.

3. Der Vorschlag zur FNP-Darstellungsänderung lfd. Nr. 3 ist gemäß §3 Abs. 2 BauGB nach ortsüblicher Bekanntmachung (im Amtsblatt) öffentlich auszulegen.

4. Die Träger öffentlicher Belange sind gemäß §4 Abs.1 BauGB zu beteiligen.

Zu TOP 10 - Beschlussvorlage - Änderung der Satzung und der Gebührensatzung (zukünftig Entgeltordnung) der Volkshochschule Halle

Vorlage Nr. III/1999/00257

Herr Prof. Kiel, PDS-Fraktion, ging auf eine Änderung, die der Bildungsausschuss in § 6 (5) vorgeschlagen habe, ein. Er informierte, dass der Ausschuss in Übereinstimmung mit der bisherigen und der jetzigen Satzung drei Mitglieder des Stadtrates zur Berufung in den Beirat

der Volkshochschule vorgeschlagen habe: Herrn Köhler, CDU-Fraktion, Herr Prof. Kiel, PDS-Fraktion und Herrn Lorenz, SPD-Fraktion. Man bitte die Verwaltung, diesen Beirat schnellstmöglich einzuberufen, damit er seine Tätigkeit aufnehmen könne.

Herr Doege, CDU-Fraktion, erläuterte den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum § 8. Seine Fraktion sei der Meinung, man sollte generell bei all diesen Entsendungsprozessen nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren gemäß Gemeindeordnung verfahren.

Frau Brederlow, SPD-Fraktion, äußerte, in dem Text zur Satzung tauche noch zweimal der Begriff „Gebühren“ auf, in §§ 2 und 3. Da man jedoch eine Entgeltordnung verabschiede, müsste das geändert werden.

Herr Gärtner, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, sagte die textliche Überarbeitung zu. Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion bemerkte er, dass bei Zustimmung zum Antrag dann § 8 (5) gestrichen werden müsse.

Herr Dr. Klapperstück, SPD-Fraktion, sprach zu § 10 (1). Seiner Meinung nach müsste es heißen: *Die Nutzung erfolgt im Rahmen der Widmung aufgrund eines mit der Stadt Halle, vertreten durch den Leiter/die Leiterin der Volkshochschule, abzuschließenden zivilrechtlichen Vertrages.*

Herr **Doege** präzisierte den Änderungsantrag seiner Fraktion dahingehend, dass die Formulierung „gemäß § 46 GO LSA“ herausgenommen werden soll.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, fragte, wie sich der Begriff „Geschäftsstelle in zentraler Lage“ definiere.

Herr **Gärtner** antwortete, die jetzige Geschäftsstelle in der Geiststraße entspreche diesem Kriterium. Wenn es also um Veränderungen gehen sollte, müsse eine gleichrangige Stelle gefunden werden.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, äußerte sich zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Er verstehe nicht, warum dieser Antrag notwendig sei.

Herr **Prof. Kiel** stellte fest, dass es wünschenswert sei, Veränderungsvorschläge auf dem normalen Beratungsweg einzubringen. Der Fachausschuss habe zweimal dazu beraten. Er möchte gern die Verantwortung für Vorschläge weiterhin im Sinne des Absatzes 5 dieses Paragraphen beim Bildungsausschuss belassen.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, interpretierte § 46 GO LSA.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion: bei 17 Ja-Stimmen
26 Nein-Stimmen
mehrheitlich **a b g e l e h n t**

Abstimmung zum Antrag Stadtrat Dr. Klapperstück: bei 12 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen
mehrheitlich **a b g e l e h n t**

Abstimmung zur Vorlage:
m t mehrheitlich **z u g e s t i m**

**Beschluss Nr. III/1999/00257 - Änderung der Satzung und der Gebührensatzung
(zukünftig Entgeltordnung) der Volkshochschule Halle**

Der Stadtrat beschließt die Beschlussvorlage in den Teilen

- a) Korrigierte Satzung der Volkshochschule sowie
 - b) Entgeltordnung der Volkshochschule mit den veränderten Entgelten.
-
-

**Zu Top 11 - Beschlussvorlage - Jahresabschluss für das
Wirtschaftsjahr**

1997/1998 neues theater/schauspiel halle

Vorlage Nr. III/2000/00609

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00609 - Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 1997/1998
neues theater/schauspiel halle

Der Stadtrat beschließt den Bericht über die Prüfung der vorgelegten Jahresabschlussunterlagen des Wirtschaftsjahres 1997/1998 im Eigenbetrieb neues theater/schauspiel halle und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 1997/1998. Der Jahresüberschuss in Höhe von 13.406,87 DM wird beim Eigenbetrieb als allgemeine Rücklage belassen.

Zu TOP 12 - Informationsvorlage - Bericht zur lokalen Agenda 21 in
Halle (Saale) gemäß Beschluss Nr. 98/I-38/A-350
Vorlage Nr. III/2000/00640

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, fand es ein wenig betrüblich, - wenn man die Vorgeschichte des Berichtes und den finanziellen und personellen Aufwand betrachte - lediglich ein Zusammenheften von verschiedensten Programmen in die Hand zu bekommen. Es wäre einer großen Stadt wie Halle angemessener gewesen, hier etwas Richtiges auf die Beine zu stellen, ein Konzept zu erarbeiten.
Man nehme die Vorlage zur Kenntnis, werde aber den Vorgang weiterhin kritisch begleiten.

Frau Wolff, HAL-Fraktion, fragte, inwieweit die Stadtverwaltung tatsächlich ein Konzept erstellen wolle, das im Sinne der Nachhaltigkeit und Zukünftigkeit auch Bürger der Stadt mit einbinde.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, äußerte, als Mitglied des Umwelt-ausschusses des Deutschen Städtetages habe er über die Jahre das Reden über eine lokale Agenda 21 verfolgt. Da seien viele Konzepte aufgestellt worden; das, was die Stadt Halle gemacht habe, könne sich durchaus sehen lassen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** wies darauf hin, dass es ein Hauptanliegen des damaligen Stadtratsbeschlusses gewesen sei, dass die Stadt Mittel und Wege finde, möglichst breit die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Das höre sich erst einmal gut an, dies zu verwirklichen, sei ein recht schwieriger Weg. Der Initiativkreis „Gesunde Städte“ lebe davon, dass Verbände und Vereinigungen sich einbringen. Die Philosophie des Agenda-Prozesses und des Gesunden-Städte-Projektes betont den integrativen und querschnittsorientierten Charakter einer Politik, die das Denken in Fachressorts überwindet und Bürger, Verbände, Wirtschaft und Verwaltung in einem Kommunikationsprozess miteinander verbindet.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, meinte, der Bericht zeige sehr deutlich, wie schwierig es sei, dieses Thema zu behandeln. Für den Stadtrat sei es jedoch wichtig, bei Entscheidungen diese Angelegenheit immer im Hinterkopf zu haben. Sie rief die Stadträte dazu auf, persönlich einen Beitrag dazu zu leisten und an geeigneter Stelle immer wieder auf diese großen Zusammenhänge hinzuweisen.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, ging auf die Äußerungen von Herrn Kley ein. Er sollte diesen Bericht zum Anlass nehmen, selbst aktiv in dieser Sache zu werden, Vorschläge zu unterbreiten und weit davon entfernt sein zu kritisieren.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, fand das vorgelegte Material nicht schlecht; es sei nur etwas lieblos zusammengestellt. Das sei ihm ein bisschen charakteristisch für den Agenda-Prozess, wie er in Halle laufe. Natürlich sei es schwierig, die Bürgerinnen und Bürger für etwas zu begeistern. Aber an der Stelle müsse die Stadtverwaltung den Motor darstellen.

Herr **Stemme**, MBL-Fraktion, erklärte, ihm gefalle vor allem an der Vorlage, dass es nicht nur für Außenstehende als schönes Dokument dargestellt werden, an bestimmten Stellen sei auch der Ansatz einer eigenen kritischen Betrachtungsweise gegeben. Der Bericht gebe eine Grundlage, um weiter zu denken und zu handeln.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Vorlage Nr. III/2000/00640 - Bericht zur lokalen Agenda 21 in Halle (Saale) gemäß
Beschluss Nr. 98/I-38/A-350**

Der Stadtrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Zu TOP 13 - Beschlussvorlage - Resolution der Stadt Halle (Saale) zur
Fusion der VEW AG und der RWE AG und den sich daraus
ergebenden eventuellen Konsequenzen**
Vorlage Nr. III/2000/00672

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, äußerte, der Oberbürgermeister müsse sich fragen lassen, warum nicht damals bei den Verhandlungen betreffs Kaufpreis EVH im damaligen Vertrag das schon so festgeschrieben wurde. Da sei vom ersten zum zweiten Vertragsentwurf diese Regelung verschwunden, dass die MEAG ihre Geschäftsstelle hier zu erhalten habe. Er forderte die neue Oberbürgermeisterin auf, dort aktiv mit einzugreifen, um diesen Prozess der Konzentration der Energieversorger dahingehend zu nutzen, dass etwas mehr in Halle hängen bleibt, dass der Standort Halle gestärkt werde, dass der Stadtrat nicht nur mit Resolution tätig werde, sondern die Stadt selbst aktiv in diesen Prozess eingreife.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00672 - Resolution der Stadt Halle (Saale) zur Fusion der VEW AG
und der RWE AG und den sich daraus ergebenden
eventuellen Konsequenzen

Der Rat der Stadt Halle (Saale) nimmt die beabsichtigte Fusion von VEW AG und RWE AG als Folge der Neuordnung der Energiemärkte infolge der Veränderung des Energiewirtschaftsrechtes zur Kenntnis. Von der Unternehmensgröße her und von damit verbundenen Synergieeffekten müßte damit das neu entstehende Unternehmen den Anforderungen eines liberalisierten und globalisierten Energiemarktes bestens entsprechen.

Dennoch nimmt der Rat der Stadt Halle (Saale) die Besorgnis des Kartellamtes und der europäischen Behörden ernst, dass durch die geplanten Großfusionen ein im Westen Deutschlands angesiedeltes Duopol entsteht, das marktbeherrschenden Charakter hat und damit in den neuen Bundesländern - ohne Rücksichtnahme auf deren besondere Interessenlage - seine Gestaltungsideen und damit eventuell verbundene weitere Rationalisierungsmaßnahmen durchsetzen kann.

Die Befürchtungen richten sich insbesondere darauf, dass die Tochterunternehmen in den neuen Bundesländern einschließlich deren Beteiligungen nach dem Willen des aus der Fusion hervorgehenden neuen Unternehmens neu geordnet und ganz oder teilweise wegrationalisiert werden könnten.

Die MEAG in Halle (Saale) und deren Tochterunternehmen stellen nach dem Zusammenbruch zahlreicher Industrieunternehmen ein gesundes und wesentliches Stück der Wirtschaftsstruktur in der Region Halle und in Sachsen-Anhalt dar, in dem zahlreiche Mitarbeiter in den letzten Jahren mit großer Kraftanstrengung für die Konsolidierung des Unternehmens gearbeitet und für sich zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen haben.

Der Rat der Stadt Halle (Saale) geht deshalb davon aus, dass die Zahl qualifizierter Arbeitsplätze in Halle, die jetzt durch die MEAG und ihre Tochterunternehmen gesichert werden, nicht vermindert werden und dass Halle auch künftig Standort und Sitz der MEAG und ihrer Tochterunternehmen bleibt.

Sollten Veränderungen unabdingbar sein, so fordert der Rat der Stadt Halle (Saale) in einem Standortkonzept eine verbindliche und zufriedenstellende Aussage der VEW AG und der RWE AG, die alle Auswirkungen der Fusion auf die MEAG und ihre Beteiligungsunternehmen nachvollziehbar macht und die sicherstellt, dass der Wirtschaftsstandort Halle durch etwaige Fusionsauswirkungen nicht geschwächt wird. Nur bei Vorliegen aller entscheidungs-relevanten Informationen ist eine Zustimmung des Rates als 100 %iger Gesellschafter der Stadtwerke, die Anteilseigner der VEW AG sind, zu der geplanten Fusion vorstellbar.

TOP 14 entfällt

Zu TOP 15 - Wiedervorlage von Anträgen

**Zu Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Einrichtung eines Kundendienstes/Kundenservices für Investoren in der Stadtverwaltung
Halle (Saale)**
Vorlage Nr. 99/I-52/A-560

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, meinte, diesem Antrag sei, wie vielen Anträgen, ein etwas unglückliches Schicksal beschieden worden. Vor einem Jahr sei er als Prüfauftrag gestellt worden, ein „einfacher“ Antrag, den man relativ leicht hätte beantworten können. Er verlas die Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, der er nicht zustimmen könne.

Herr **Kautz**, CDU-Fraktion, meinte, dieser Antrag sei nicht ins Leere gelaufen. Er sei zwar lange gelaufen, habe aber doch ein Ergebnis gebracht. Jetzt solle im Rahmen des neuen Steuerungsmodells in der Verwaltung jährlich einmal im Fachausschuss berichtet werden, wie in der Sache weiter verfahren werde und was erreicht worden sei.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte, die ursprüngliche Intention des Antrages werde durch diese Änderung völlig verwässert und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, ging auf die Umformulierung ein, die ins Nebelhafte gehe, jedoch im Fachausschuss Konsens gewesen sei. Er bat um Zustimmung zur jetzigen Fassung des Antrages.

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, erklärte, seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Man hoffe, dass im Verwaltungsumbau, der mit der Benennung der neuen Bei-geordneten erfolgen werde, dann auch nochmals über eine derartige Möglichkeit nachgedacht werde, um den Investoren die Ansiedlung in Halle zu erleichtern.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t
(Empfehlung WBLA)

Beschluss Nr. 99/I-52/A-560 - Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Einrichtung eines

Kundendienstes/Kundenservices für Investoren in der Stadtverwaltung Halle (Saale)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim Prozess der Einführung des „Neuen Steuerungsmodells“ in der Stadtverwaltung darauf Einfluss zu nehmen, dass dezernats- und ämterübergreifend Produkte und Leistungen, die im engeren und weiteren Sinne der Wirtschaftsförderung zuzuordnen sind, integriert und aus der Sicht vorzugebender Zielstellungen und erwartbarer Ergebnisse positioniert werden. Es wird erwartet, dass das verantwortliche Projektmanagement „Neues Steuerungsmodell in der Stadtverwaltung“ dazu mindestens einmal jährlich dem Ausschuss für Wirtschafts-förderung, Beschäftigung und Liegenschaften Bericht erstattet.

Zu Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion - zur Einführung einer halleschen

Museenkarte

Vorlage Nr. III/1999/00228

Herr **Scholze**, F.D.P.-Fraktion, ging auf die Intention des Antrages ein. Die Neufassung könne für alle nur von Vorteil sein; deshalb bitte er um Zustimmung.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, zeigte eine Tageskarte „Halle - Die Karte“ vor, die für 9 DM zu erwerben sei. Diese Karte berechtere zum freien Eintritt in das Händelhaus, in die Staatliche Galerie Moritzburg, in das Schützenhaus Glaucha, in das Christian-Wolff-Haus, in die Oberburg Giebichenstein, in den Zoologischen Garten, in das Raumflugplanetarium, zur Fahrt mit dem Peißnitz-Express, zum Besuch des Botanischen Gartens, der Franckeschen Stiftungen und des Straßenbahnmuseums. Zusätzlich berechtere diese Karte zur freien Fahrt mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt.

Nun frage sie die Verwaltung, womit man sich seit dem 22.12.1999 beschäftige.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, verwies auf die erste Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag der F.D.P.-Fraktion. Darin stehe, dass es die Halle-Card gebe, die bei Tourist-Information e.V. erworben werden könne, und die abdecke, was gewünscht werde. Vom Stadtrat sei in der Diskussion erklärt worden, dass dies nicht den Intentionen entspreche. Dem habe sich die Verwaltung gefügt.

Herr **Bönisch** verlas die Empfehlung des Hauptausschusses zu diesem Antrag und fragte die antragstellende Fraktion, ob sich der Antrag erledigt habe.

Herr **Gärtner** meinte, der Antrag habe sich nicht erledigt, weil die Intentionen, die die F.D.P.-Fraktion formuliert habe, dass es sich nicht nur um eine Tageskarte handeln soll, nicht erfüllt seien.

Herr **Scholze** äußerte, wenn es diese Halle-Karte in der Form gebe, wäre es günstig, wenn man diese Karte auch in allen Museen erwerben könne.

Herr **Gärtner** bestätigte, dass die Halle-Card in allen Museen erhältlich sei.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, informierte, dass diese Karte in den letzten zwei Jahren nicht sehr erfolgreich gewesen sei.

Frau **Dr. Wünscher** meinte, nachdem jetzt in dieser Deutlichkeit feststehe, dass es eine solche Karte schon gebe - das sei bei allen Beratungen nie in dieser Deutlichkeit gesagt worden - müsse man noch einmal neu darüber nachdenken, wie das, was es schon gebe, jetzt sinnvoll ergänzt werden könne. Dazu gebe es noch Beratungsbedarf für den Kulturausschuss.

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, informierte, die Halle-Card sei entwickelt worden in Verbindung mit dem Halle-Tourist, um für Tagesbesucher ein Angebot zu haben. Die Nachfrage danach sei allerdings nicht sehr groß.

Dass, was beantragt worden sei, habe seiner Meinung nach eine vollkommen andere Intention. Hier wolle man eine Karte schaffen, die zum einmaligen Eintritt für alle Museen gültig sei und zwar unabhängig davon, wann man sie besuchen wolle.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erklärte, ihm stocke der Atem: Im Finanzausschuss sei z.B. diskutiert worden, ob man 15 DM oder 12 DM für eine solche Karte ansetzen wolle. Da sei Herr Gärtner anwesend gewesen und habe in keinem Punkt gesagt, dass es eine solche Karte schon gebe. Der Stadtrat sei nicht informiert worden, dass es eine solche Karte gibt und habe im Sinne einer solchen Karte ununterbrochen diskutiert.

Herr **Gärtner** wies darauf hin, dass in der Diskussion hier im Stadtrat von der Verwaltung gesagt worden sei, dass es diese Halle-Card gebe.

Frau **Dr. Wünscher** beantragte mit einem Geschäftsordnungsantrag die Verweisung des Antrages in den Kulturausschuss.

Zum Geschäftsordnungsantrag gab es keine Wortmeldungen.

**Abstimmung zum GO-Antrag Verweisung
in den Kulturausschuss:**

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Der Antrag wurde durch GO-Antrag der CDU-Fraktion in den

- Kulturausschuss

v e r w i e s e n .

Der Vorsitzende des Stadtrates gab den Fraktionen, die bisher von ihrem Rederecht noch nicht Gebrauch gemacht hatten, die Möglichkeit dazu:

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, äußerte ihr Unverständnis darüber, dass Herr Gärtner bei der Behandlung des Antrages in den Ausschüssen nicht noch einmal auf die Existenz der Karte hingewiesen habe. Im Endeffekt ergebe sich durch den jetzigen Antrag mehr eine Preiserhöhung, als etwas Neues geschaffen werde.

Herr **Gärtner** verwies erneut auf eine schriftliche Stellungnahme, in der bei der Diskussion durch das Kulturamt darauf hingewiesen worden sei, dass es diese Karte gebe. Auf Zwischenrufe reagierte er mit den Worten : „weil Sie nie richtig hinhören.“

Herr **Stemme**, MBL-Fraktion, äußerte, es sei nicht das erstemal, dass der Stadtrat von Herrn Gärtner vorgeführt werde. Die Stadträte und diejenigen, die in den Ausschüssen in ehrenamtlicher Arbeit versuchten, etwas nach vorn zu bringen, würden beschimpft, indem man nicht richtig hinhöre und nicht richtig lesen könne. Er empfinde es als eine Frechheit, das Parlament so zu brüskieren.

Frau **Lenk**, PDS-Fraktion, meinte, mit diesem Antrag sei wirklich eine andere Intention verbunden; mit der Halle-Card könne man nicht an einem Tag alle Museen besuchen. Es sei wirklich etwas anderes gemeint gewesen; so habe sie es auch verstanden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Zu Antrag der CDU-Fraktion betreffend die Entscheidung über die Höhe

der Eintrittspreise in eigener Zuständigkeit

Vorlage Nr. III/1999/00361

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, meinte, die Ereignisse der Haushaltsberatung hätten den Formulierungsvorschlag des Hauptausschusses überholt bezüglich des letzten Halbsatzes: ...unter Festschreibung der im Haushalt 1999 eingestellten Zuschussbeträge. Das gehe nicht; man habe im Haushalt etwas anderes beschlossen, auch bei den Zuschüssen für das „nt“.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erklärte, er unterstütze den Antrag in seiner Intention. Was man beschlossen habe, sei folgendes: einen bestimmten Betrag habe man für das „nt“ ein-gesetzt zur ausschließlichen Verwendung der Abdeckung der Verlustvorträge aus den beiden Vorjahren.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, äußerte, ihm fehle bei dem Antrag die Nennung eines Zeitpunktes, bis wann die Klärung erfolgen soll.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, erklärte, wenn dieser Antrag heute beschlossen werde, müsse die Verwaltung auf kürzestem Wege - das wäre im Monat Juni - eine Satzungsänderung vorlegen.

Herr **Doege** bat um Abstimmung des Formulierungsvorschlages des Hauptausschusses.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, meinte, mit der Annahme dieses Antrages werde ein rechtswidriger Zustand beseitigt, denn die Festlegung der Entgelte sei allein die Angelegenheit des Betriebsausschusses per Gesetz. Es sei verwunderlich für ihn, dass diese Formulierung Eingang gefunden habe. Die Satzung hätte beanstandet werden müssen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte, wenn heute ein solcher Beschluss gefasst werde, so greife man der laufenden Diskussion zur Beschäftigung mit der Kulturkonzeption vor, von der man wisse, dass sie weniger eine Kulturkonzeption sei, sondern eine Finanzkonzeption, wie man in einem begrenzten finanziellen Korsett für die Stadt Halle Kultur gestalten wolle. Wenn man hier die Zahlen der Festschreibung 1999 festlege wolle, so erinnere er daran, dass, als der Haushalt 1999 beschlossen worden sei, Teile des „nt“, die heute zusätzliche Kosten verursachen, in dem damaligen Haushalt nicht in vollem Umfang haben berücksichtigt werden können, so z.B. durch die Eröffnung der „Kommode“ im letzten Jahr.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, meinte, mit dieser Festschreibung werde festgelegt, dass man den Theatern in den nächsten Jahren nichts kürze und ihnen damit die Möglichkeit lasse, sinnvoller ihre eigenen Einnahmen zu steuern. Mit dieser Festschreibung werde den Theatern eine Sicherheit gegeben, bei der sich der Stadtrat auch binde an die Zuschusshöhen und sage, bei einem geringer werdenden Gesamtverwaltungshaushalt, bei einem geringer werdenden Kulturhaushalt werden für diese beiden Theater die jetzigen Finanzsockel so gelassen, wie sie seien - das sei ein großes Stück Verantwortung.

Herr **Weiland** äußerte, er denke nicht, dass es politische Aufgabe sei, über die Eintrittspreise der städtischen Theater zu entscheiden. Es gehe eh nur um die Theater, die städtische Eigenbetriebe seien. Diese besondere Rechtsform solle eigentlich bewirken, dass diese Theater mit ihren Mitteln angemessen wirtschaften. Da gehöre die Bestimmung der Eintrittspreise in eigener Regie zwingend dazu. Er gehe nicht davon aus, dass die Theater ihre Eintrittspreisgestaltung unsozial machen werden.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass es sehr wohl klar sei, dass dies nur ein erster Schritt sein könne, um die Eigenständigkeit dieser Eigenbetriebe, ihre Wirtschaftlichkeit voranzutreiben. Sie wisse von den Verwaltungsdirektoren dieser Eigenbetriebe, dass dieser Schritt begrüßt werde. Dass noch ganz andere Dinge ausstehen

Die städtischen Eigenbetriebe „neues theater“ und „Thalia-Theater“ entscheiden mit Beginn der Spielzeit 2000/2001 in eigener Zuständigkeit über die Höhe der von ihnen zu erheben-den Eintrittspreise, unter Festschreibung der im Haushalt 1999 eingestellten Zuschussbeträge.

Zu Antrag der HAL-Fraktion - Herstellung und Bereitstellung von Abstell-

plätzen für Fahrräder - Fahrradabstellsatzung

Vorlage Nr. III/2000/00423

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, ging auf die Situation der Radfahrer ein. Sie sei nicht zufriedenstellend, man wisse an vielen Stellen der Stadt nicht, wo man sein Fahrrad abstellen könne.

Da fühle man sich gegenüber dem Autofahrer sehr benachteiligt. Z.B. im Bereich der „Spitze“ gebe es keine Möglichkeit, das Rad abzustellen. Die Vorschläge der Stadtverwaltung sollte man noch einmal diskutieren und dann gemeinsam auf den Weg bringen.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erläuterte, eine Fahrradabstellsatzung, in dem Sinne, wie sie im Stadtrat schon einmal behandelt worden sei, sei Teil des Baurechts, enthalte also Auflagen

für Bauherren u.a. zur Schaffung von Abstellanlagen für Fahrräder. In diesem Sinne handle es sich um eine Verkomplizierung des Baurechts. Er habe sich seinerzeit gegen diese neue Satzung ausgesprochen, weil sie eine weitere Verkomplizierung des Baurechts sei, die man nicht wünsche, auch im Interesse weiterer Investitionen in dieser Stadt. Dies sei zu unterscheiden von dem SPD-Antrag, der dann behandelt werde.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, erklärte, seine Fraktion habe sich schon im Jahre 1998 gegen eine solche Satzung ausgesprochen, weil man der Meinung sei, damit wieder eine Regulierungsflut zu haben. Wenn man solche Fahrradabstellanlagen brauche, dann sehe er in erster Linie die Stadtverwaltung in der Pflicht, vor ihren Gebäuden entsprechende Anlagen zu

installieren. Dazu brauche man jedoch keine Satzung, sondern könne es durch Verwaltungs-handeln erreichen.

Er fragte, was geschehe, wenn ein Geschäftsinhaber auf dem Fußweg eine transportable Fahrradabstellanlage tagsüber aufstelle; müsse dafür eine Sondernutzungsgebühr bezahlt werden? (*Diese letzte Frage wurde von der Verwaltung bejaht.*)

Dann müsse es dafür einen Gebührenbefreiungstatbestand geben, wenn man die Dringlichkeit solcher Abstellanlagen für das geordnete Abstellen von Fahrrädern als wünschenswert sehe.

Er halte diese Abstellsatzung für nicht notwendig.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, meinte, der Antrag der HAL-Fraktion sehe nicht eine Verkomplizierung des Baurechts vor. In der Baunutzungsverordnung der von der SPD-Fraktion im Landtag eingebrachten Novelle sei eine Abstellanlage für Fahrräder an entsprechenden Gebäuden per Gesetzeskraft vorgesehen. Das, was die HAL-Fraktion hier möchte, sei, den Entwurf einer Fahrradabstellsatzung noch einmal auf den Tisch zu bekommen, um darüber zu diskutieren. Der Stadtrat sei bereit, mehrere Millionen DM im Jahr für Tiefgaragen in der Stadt auszugeben, aber nicht eine Mark für geregelte Abstellanlagen für Fahrräder.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte, er denke, die beiden Anträge seien gar nicht so weit auseinander. Wenn man die Diskussion des Antrages der HAL-Fraktion im Ausschuss verfolgt habe, so sei dort davon gesprochen worden, eine Fahrradabstellsatzung für die Innenstadt und die Gebäude des öffentlichen Dienstes zu verabschieden. Das sei u.a. auch die Intention des Antrages der SPD-Fraktion.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, beantragte mit einem **Geschäftsordnungsantrag den Schluss der Debatte**.

Zum Geschäftsordnungsantrag gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag

Schluss der Debatte:

mehrheitlich z u g e s t i m m

t

Der Vorsitzende des Stadtrates erteilte der F.D.P.-Fraktion sowie dem
Verwaltungsvertreter
das Wort.

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, meinte, wenn man über eine Fahrradabstellsatzung für die Innenstadt rede, bitte er diejenigen, die das verfechten, ihm zu erklären, wie man in den engen Straßen, wo Fußgänger laufen, Straßenbahnen fahren und kein Platz auf den Bürgersteigen sei, noch Fahrradabstellanlagen anbringen wolle. Hier herrsche absolute
Weltfremd-
heit. Hier solle eine Satzung verabschiedet werden, die niemand vollziehen könne, die nur dazu diene, den Geschäftsleuten noch zusätzlich Geld abzuzocken.
Seine Fraktion lehne das ab.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, bat nach den Erfahrungen vor zwei Jahren um eine eindeutige Stellungnahme des Stadtrates.

Abstimmung zum Antrag:

bei 18 Ja-Stimmen

28 Nein-Stimmen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

**Zu Antrag der HAL-Fraktion betreffend unbare Zuschüsse zur
Mittagsver-
sorgung der Verwaltungsmitarbeiter**
Vorlage Nr. III/2000/00471

Frau Wolff, HAL-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion ziehe den Antrag zurück. Es lohne sich nicht, über den Einsatz des eingesparten Betrages zu diskutieren.

Die antragstellende Fraktion zog den Antrag z u r ü c k .

**Zu Antrag der SPD-Fraktion - Radverkehrskonzeption Altstadt,
Satzung für
Fahrradabstellanlagen im Altstadtkern
Vorlage Nr. III/2000/00480**

Frau Scheller, SPD-Fraktion, äußerte, in verschiedenen Sitzungsrunden sei vieles zu diesem Antrag gesagt worden. Es gehe hier eigentlich mehr um gestalterische Festlegungen der Fahrradabstellsatzung im öffentlichen Raum im Altstadtkern, und es gehe um die Routenführung.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planen und Umwelt, bestätigte, dass die Verwaltung die Routen konkretisieren und die Gestaltungsfragen ebenfalls vorstellen werde.

Herr Heft, PDS-Fraktion, stellte den Antrag, getrennte Abstimmung zu den Punkten Routenführung und Gestaltungssatzung vorzunehmen. Wenn die SPD-Fraktion konsequent sei, lehne sie diesen zweiten Punkt ab.

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, bat um Kenntnis des zu verabschiedenden Textes des Antrages. Auch seine Fraktion unterstütze, dass die Routenführung durch die Altstadt präzisiert werde, dass eine Festlegung erfolge. Für die vorgesehene Satzung über die Gestaltung von Fahrradabstellanlagen habe man kein Verständnis.

Herr Doege, CDU-Fraktion, erbat eine Klarstellung, ob es sich um eine Gestaltungssatzung oder eine Satzung zur Aufstellung handeln solle.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, meinte, die SPD-Fraktion müsste erklären, was unter dem Antrag zu verstehen sei. Herr Heft verstehe darunter, dass eine Fahrradabstellsatzung für die Innenstadt, auch mit baurechtlichen Konsequenzen, vorgelegt werden soll. Wenn es nur darum gehen sollte, wie die Rohre gekrümmt sein sollen, dann sollte man das sagen. Dann halte er das jedoch für sehr kleinmütig und provinziell.

Der Vorsitzende des Stadtrates teilte mit, dass zwischenzeitlich das Wort „*Satzung*“ durch *Gestaltungsgrundsätze* ersetzt worden sei.

Frau Dr. **Haerting**, HAL-Fraktion, erklärte, es gehe schon auch ein bisschen darum, wie so eine Fahrradabstellanlage aussehe. Es gehe nicht um Farbe und irgendwelche Schnörkel, sondern um die Sicherheit.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, fragte, ob man in Halle die Routenführung, so, wie sie vom Radfahrer gewünscht werde, durchsetzen könne. Auch ein Radfahrer sollte Toleranz zeigen. Sei es nicht besser, dieses Problem durch andere Stellen wie Verkehrspolizei lösen zu lassen?

Herr Dr. **Busmann** antwortete, diese Fragen seien intensiv in der früher existierenden AG „Rad“ diskutiert worden, die jedoch aufgelöst worden sei, weil die Durchsetzung nicht mehr gegeben gewesen sei. Er erhoffe sich durch die heutige Beschlussfassung wieder Rückenwind, damit diese Fragen wieder öffentlicher diskutiert werden können. Die Verwaltung werde das Konzept vorlegen.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erläuterte das Wort „Gestaltungsgrundsätze“. Es gehe darum, wenn jemand im Altstadtkern Fahrradabstellanlagen schaffen wolle, dieser sich an die Stadtverwaltung wenden könne, um beispielsweise erfahren zu können, welcher Typ verwendet werden soll, damit ein einheitliches Bild in der Altstadt entsteht.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, erinnerte an die mobilen Fahrradständer, mit denen viele Fahrräder ausgerüstet seien.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, meinte, der Antrag sei noch immer nicht klar.

Herr **Köhler**, CDU-Fraktion, stellte fest, dass der Stadtrat über 20 Mio DM Investitionen nur wenige Minuten diskutiere, über Fahrradständer diskutiere man nun schon dreißig Minuten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Tagungsleiter stellte Konsens zum Antrag der PDS-Fraktion auf getrennte Abstimmung der beiden Punkte fest.

Abstimmung zum 1. Satz des Antrages: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmung zum 2. Satz des Antrages: bei 18 Ja-Stimmen
 14 Nein-Stimmen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00480 - Antrag der SPD-Fraktion - Radverkehrskonzeption
Altstadt,

Satzung für Fahrradabstellanlagen im Altstadt kern

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die endgültige Radverkehrskonzeption für die
Altstadt (Routenführung durch die Altstadt, insbesondere über den Marktplatz)
vorzulegen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Gestaltungsgrundsätze für die
Fahrradabstellanlagen im Altstadt kern schnellstmöglich vorzulegen.

Der Stadtrat legte eine P a u s e ein.

Zu TOP 16 - Anträge von Stadträten und Fraktionen

**Zu Antrag der Stadträte Dr. Bergner und Misch, CDU - Prüfung auf
Zulassung für Radfahrer**

Vorlage Nr. III/2000/00639

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erläuterte, dieser Antrag sei die Reaktion auf eine Antwort der Verwaltung auf eine zu einem früheren Zeitpunkt gestellte Anfrage. Auf eine ganz konkrete Frage sei eine „Schnellschussantwort“ der Verwaltung gegeben worden, vier Monate später eine weitere aus einem anderen Dezernat. Darin sei zum Ausdruck gebracht

worden, dass die Stadtverwaltung ständig bemüht sei, durch Anordnung des Verkehrszeichens 240 StVO eine Verbesserung der Radwegführung zu erreichen. Dieses ständige Bemühen habe man jedoch umgesetzt an keiner Stelle der Stadt vorgefunden. Deshalb wolle man der Verwaltung an einer konkreten Stelle die Möglichkeit zum Handeln geben.

Frau **Haupt**, SPD-Fraktion, begrüßte namens ihrer Fraktion den Antrag und bat, dem Antrag zuzustimmen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, verwies namens seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, äußerte, es müsse grundsätzlich überlegt werden, was in dieser Straße passieren soll und wo ein Radweg angelegt werden könne.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der PDS-Fraktion in den
- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten
v e r w i e s e n .

Zu Antrag der Stadträte Bönisch und Kautz, CDU - Einrichtung von Stell-

plätzen für PKW im Bereich des Hallmarktes

Vorlage Nr. III/2000/00630

Herr **Kautz**, CDU-Fraktion, erläuterte den Antrag. Die Möglichkeiten von Stellplätzen in der Salzgrafenstraße oder der Oleariusstraße sollten von der Verwaltung geprüft werden. Man wolle nicht, dass der Hallmarkt vollgeparkt werde. Im Sinne dieses Antrages sollte auch überprüft werden, ob es nicht möglich sei, für die geplante Tiefgarage im sogenannten Loch der „Spitze“ eine direkte Zufahrt zu schaffen.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, kündigte an, sollte dieser Antrag eine Mehrheit finden, werde er den Antrag stellen, dass die zu schaffenden Parkplätze bewirtschaftet werden.

Herr **Spitzke**, HAL-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten sowie in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der MBL-Fraktion in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften

v e r w i e s e n .

**Zu Antrag der CDU-Fraktion - Erarbeitung einer Konzeption für ein
mittel-
fristiges Straßeninstandsetzungsprogramm**

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, gab eine Korrektur bekannt: Als mittelfristiger Zeitraum sind die Jahre bis 2005 zugrunde zu legen.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, erklärte, die Verwaltung werde die Konzeption fortschreiben, damit man immer eine Vorausschau für fünf Jahre habe. Er ging auf die finanzielle Untersetzung der Maßnahmen ein. Er könne nur sagen, was die Instandsetzungsmaßnahmen kosten und dass man hoffe, aus verschiedenen Fördertöpfen Zuschüsse zu bekommen.

Herr **Doege** entgegnete, die Stadt habe eine mittelfristige Finanzplanung. Diese umfasse seines Wissens den Zeitraum von vier Jahren. In diesem Rahmen sei das zu verstehen.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, ging auf die Qualitätsmerkmale bei solchen Straßenbauarbeiten ein. Bei manchen Straßen habe sie den Eindruck, dass sie innerhalb kurzer wieder derartige Mängel aufweisen, dass sie repariert werden müssen. Sie fragte nach dem Qualitätszeitraum, wie lange eine Straße halten müssen. Wer müsse die Reparatur bezahlen?

Herr **Heinrich** antwortete, in den vergangenen Jahren seien Verträge nach VOB gemacht worden, mit einer Garantiezeit für zwei Jahre. Jetzt mache man Verträge nach BGB und habe eine Garantiezeit von fünf Jahren. Eine andere Seite sei die Zerstörung von Straßen, so z.B. im Bereich des Reilecks. Dort habe man Mosaikpflaster ungebunden verlegt und kurz nach Fertigstellung sei ein LKW draufgefahren und habe dieses Pflaster zerstört. Da gebe es die Möglichkeit, entweder den Verursacher zu finden und haftbar zu machen oder die Stadt müsse als Ersatzvornahme die Reparatur selbst bezahlen.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, verwies namens seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten sowie in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben.

Herr **Heinrich** bat zu überlegen, dass damit Monate vergehen, ehe eine Beschlussfassung erfolgen könne. Er schlug vor, die Vorbereitungen zu treffen und dann in den Ausschüssen dazu zu beraten.

Herr **Prof. Schuh** meinte, die Verwaltung könne mit der Vorbereitung und Vorberatung beginnen und dies gleich in die Diskussion einbringen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den
- Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben v e r w i e s e n.

Zu Antrag des Stadtrates Dr. Fritsch, CDU - Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage Nr. III/2000/00628

Herr Dr. Fritsch, CDU-Fraktion, äußerte, er könne der Stellungnahme der Verwaltung zu seinem Antrag in vielen Punkten nicht folgen, deswegen erhalte er seinen Antrag aufrecht. Sein Antrag beinhalte eine Warn- und Bedenkfunktion: Jeder, der zur hellen Jahreszeit Schnittmaßnahmen an einem Baum durchführen möchte, solle noch einmal überlegen, ob er das nicht zu einem günstigeren Zeitpunkt oder gar nicht tun könne.

Herr Heinrich, Beigeordneter für Bauen, bat, den Antrag abzulehnen. Er schaffe neue Regelungen, enge die Durchführung bestimmter Maßnahmen auf einen gewissen Zeitraum ein.

Herr Dr. Fritsch argumentierte noch einmal für die Annahme des Antrages.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00628 - Antrag des Stadtrates Dr. Fritsch, CDU - Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)

Die Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale), beschlossen am 22.07.1998, wird wie folgt geändert:

§ 6 Verbote wird um folgenden Absatz 5 ergänzt:

Eingriffe in den Vegetationsbestand von Bäumen, die nach Absatz 4 von den Verboten dieses Paragraphen unberührt bleiben, sind in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März durchzuführen; dies gilt auch für Pflegeschnitte. Die Bestimmung des vorstehenden Satzes gilt nicht für Maßnahmen, die zum Zweck der Gefahrenabwehr oder der Sicherung des Baumbe-standes keinen Aufschub dulden.

§ 7 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen wird um folgenden Absatz 6 ergänzt:

Wird durch Bescheid eine Ausnahmegenehmigung oder Befreiung erteilt, so ist diese nach Möglichkeit mit der Auflage zu erteilen, die beantragte Maßnahme in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März durchzuführen; Gefahrenabwehr und Vermeidung unzumutbarer Härten gehen dieser Bestimmung vor.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt (mit den hier aufgeführten Ergänzungen) am 30. April 2000 in Kraft.

**Zu Antrag des Stadtrates Köhler, CDU - Verkauf des „Pionierhauses“
auf**

der Peißnitz

Vorlage Nr. III/2000/00635

Herr Köhler, CDU-Fraktion, meinte, wenn die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zum Antrag schreibe, dass das Pionierhaus ohne Erfolg schon mehrfach ausgeschrieben bzw. auf Auktionen angeboten worden sei, dann sei das ein Armutszeugnis. Wenn man die Bedingungen für einen Verkauf nicht ändere, werde man das Haus nie los.

Frau Wolff, HAL-Fraktion, stellte den **Änderungsantrag**, den zweiten Absatz des Antrages zu streichen.

Herr Prof. Schuh, SPD-Fraktion, verwies namens der Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.

Frau Prof. Vent, HAL-Fraktion, bat um die Verweisung in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion und der HAL-Fraktion

in den

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Privatisierung des Kabarettts

„Die Kiebitzensteiner“

Vorlage Nr. III/2000/00637

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, äußerte, das Problem der „Kiebitzensteiner“ beschäftige den Stadtrat nun schon seit geraumer Zeit, nicht zuletzt auch dank der taktisch unklugen Haltung der Stadtverwaltung. Er ging auf die verschiedenen Punkte der Stellungnahme der Verwaltung ein.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, begrüßte den Antrag. Es bestehe jedoch noch Beratungsbedarf, deshalb verweise sie ihn namens der Fraktion in den Kulturausschuss.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, erklärte, er könne dem Antrag voll inhaltlich zustimmen. Es sei zwingend erforderlich, dass die Privatisierung des Kabarettts nicht automatisch in Richtung der Person von Herrn Voigt laufe.

Herr **Stemme**, MBL-Fraktion, meinte, die Vorlage eines schlüssigen Konzeptes werde es leichter machen, eine entsprechende Leitung zu finden.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, bemerkte, er habe Zweifel, ob das Instrument der Ausschreibung in diesem Fall geeignet sei, für eine bestehende Einrichtung, die in eine andere Betriebsform gebracht werden soll mit möglicherweise einer anderen Form der Zuschussgewährung und der Regentschaft über die Person des Intendanten.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, äußerte, die Formulierung

unter Punkt 2 der Stellungnahme der Verwaltung sei missverständlich. Es gebe keine Verhandlungen mit Herrn Voigt über die Beteiligung am privatisierten Kabarett.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den

- Kulturausschuss

verwiesen.

Zu Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Kiel, PDS - bezüglich Organisation und

Bedingungen des Unterrichts im Fach „Arbeit, Wirtschaft, Technik“ (AWT) speziell am AWT-Zentrum Rosengarten

Vorlage Nr. III/2000/00618

Herr Prof. Kiel, PDS-Fraktion, erläuterte den Antrag und bat um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00618 - Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Kiel, PDS - bezüglich Orga-

„Arbeit,

nisation und Bedingungen des Unterrichts im Fach

Wirtschaft, Technik“ (AWT) speziell am AWT-Zentrum Rosengarten

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine zusammenfassende aktuelle Information zu den materiellen Bedingungen für den AWT-Unterricht an den Schulen und den verschiedenen AWT-Zentren in der Stadt Halle sowie Vorstellungen zur weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet zu erarbeiten,
2. bestimmte Festlegungen zu Veränderungen in der Zuordnung einzelner Sekundarschulen zum AWT-Zentrum Rosengarten unter dem Aspekt vorgesehener Fusionen im Sekundarschulbereich - auch des Zeitpunktes ihres Vollzugs - noch einmal zu überprüfen.

Die Verwaltung wird den Bildungsausschuss zu beiden Punkten bis zum 31.05.2000 entsprechend informieren.

Zu Antrag der PDS-Fraktion - zu Bildung eines Organisationskomitees für

sportliche Großveranstaltungen in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage Nr. III/2000/00619

Herr Prof. Kiel, PDS-Fraktion, erläuterte, Anliegen sei es, einen neuen Weg zu gehen und man verspreche sich davon positive Effekte für den Sport selbst und für die Stadt. Um weitere Sachfragen diskutieren zu können, überweise er namens seiner Fraktion den Antrag in den Sportausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch die antragstellende Fraktion in den
- Sportausschuss
v e r w i e s e n.

Zu Antrag der PDS-Fraktion - „500-Jahrfeier der MLU“ Vorlage Nr. III/2000/00638

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, begrüßte die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Schmidt, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion teile die Intention des Antrages; über die aufgeführten Mittel sehe sie jedoch noch Beratungsbedarf und verweise den Antrag in den Kulturausschuss und in den Finanzausschuss.

Herr Doege, CDU-Fraktion, teilte folgende Änderungen mit, die in die Diskussion in den

Ausschüssen mit einfließen sollten: Ziffer 2 des Antrages sollte gestrichen werden; auch sei man nicht der Meinung, dass das Jubiläum der Höhepunkt des Jahres 2002 sei, damit werde der 350. Gründungstag der Leopoldina ausgegrenzt.

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, warnte davor, das eine Jubiläum gegen das andere aufzuwiegen.

Die Stadt Halle sollte dankbar sein für alle herausragenden Einrichtungen, über die sie verfüge und alle entsprechend würdigen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den

- Kulturausschuss und in den

- Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung

v e r w i e s e n .

**Zu Antrag der HAL-Fraktion - Grundsätzliche Bewertung der
Bewerber-**

und konzepte bei Grundstücksverkäufen durch den Planungs-

und Umweltausschuss, wenn die Kaufverträge eine Umnutzung

Neubebauung vorsehen

Vorlage Nr. III/2000/00621

Frau Prof. Vent, HAL-Fraktion, erklärte, sie sei grundsätzlich der Meinung, dass bei Immobilien, wie z.B. auch dem Wittekindbad, Planungsfragen eine sehr wichtige Rolle spielten. Deshalb sollten diese Angelegenheiten erst im Planungsausschuss und dann im beschließenden Wirtschaftsförderungsausschuss beraten werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte, seine Fraktion habe erhebliche Zweifel an der Praktikabilität dieses Antrages und verweise ihn zur Diskussion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten, den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften sowie in den Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung.

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, riet der HAL-Fraktion, ihren Vertreter im Wirtschaftsausschuss entsprechend kompetent zu besetzen, damit man dort schon über das Konzept befinden könne und nicht die Angelegenheit durch drei Ausschüsse „schleifen“ müsse. Außerdem tauche wieder das Problem der fehlenden Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse auf.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten, in den
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und in den
- Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung

v e r w i e s e n .

Zu Antrag der HAL-Fraktion - Bericht über die Teilnahme am car-sharing

des Vereins teilAuto Halle (Saale) e.V.

Vorlage Nr. III/2000/00623

Frau Dr. Haerting, HAL-Fraktion, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Es sei für sie verwunderlich, dass die Verwaltung nach bereits gegebenen ausführlichen Antworten auf eine Anfrage nach dem Erfolg des Versuches - probeweise Teilnahme der Stadt am car-sharing - nunmehr schreibe, dass der Antrag nur mit erheblichem Aufwand abgearbeitet werden könne. Sie bat um Zustimmung zum Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00623 - Antrag der HAL-Fraktion - Bericht über die Teilnahme am
car-sharing des Vereins teilAuto Halle (Saale) e.V.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die probeweise Teilnahme der Stadt Halle am car-sharing zu erstellen und dem Stadtrat vorzulegen.

Zu Antrag der Stadträtin Prof. Vent, MitBürger e.V. - zur Gestaltung der

Papierkörbe in Halle

Vorlage Nr. III/2000/00641

Frau Prof. Vent, HAL-Fraktion, erläuterte den Antrag und bat um Zustimmung zu diesem Prüfauftrag.

Herr Heft, PDS-Fraktion, bat um Erläuterung, was man unter „kostenneutral“ verstehen müsse.

Herr Heinrich, Beigeordneter für Bauen, antwortete, die Stadtwirtschaft sei Eigentümer dieser Papierkörbe und sei bereit, in gewissem Umfang diese Körbe zu ersetzen.

Herr Godenrath, CDU-Fraktion, äußerte die Hoffnung, dass die Diskussion um die Papierkörbe auch bewirken möge, dass der eine oder andere Bürger an die Existenz solcher Körbe erinnert wird und seine Abfälle dort entsorgt. Er könnte dem Antrag zustimmen, wenn im Antrag das Wort „kostenneutral“ mit aufgenommen würde.

Frau Prof. Vent fragte Herrn Heinrich, ob es verbindlich sei, dass der Austausch kostenneutral erfolgen könne.

Herr Heinrich bestätigte seine Aussage.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00641- Antrag der Stadträtin Prof. Vent, MitBürger e.V. - zur Gestaltung der Papierkörbe in Halle

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeit mittelfristig besteht, die in Halle aufgestellten Papierkörbe zu ersetzen.

**Zu Antrag der SPD-Fraktion - Verbesserung der Parksituation für
Anwohner und Gewerbetreibende in der Lauchstädter und
Merseburger Straße**
Vorlage Nr. III/2000/00643

Herr Prof. **Schuh**, SPD-Fraktion, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Darin werde mit Argumenten gearbeitet, die in sich widersprüchlich seien und dem sonstigen Handeln der Stadtverwaltung widersprächen.
Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Dr. **Hesse**, CDU-Fraktion, verwies namens seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten
v e r w i e s e n .

**Zu Antrag des Stadtrates Lorenz, SPD - Verbesserung der
Parksituation für
Gewerbtreibende und Anwohner in der Merseburger
Straße**

Vorlage Nr. III/2000/00644

Herr Prof. Schuh, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch die einbringende Fraktion in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

**Zu Antrag des Stadtrates Lorenz, SPD - Halteverbot und
Linksabbiegespur
am Robert-Franz-Ring**
Vorlage Nr. III/2000/00645

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, verwies namens der Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der PDS-Fraktion in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

**Zu Antrag des Bildungsausschusses der Stadt Halle (Saale) zum
Ansparen
der Einsparungen aus dem Projekt „Klimaschutz macht
Schule“**

Vorlage Nr. III/2000/00648

Herr Prof. Kiel, PDS-Fraktion, erläuterte den Antrag. Er sei nach einer Idee von Frau Dr. Haerting im Ergebnis der Diskussion zum Haushaltskonsolidierungskonzept entstanden. Namens des Bildungsausschusses bat er um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00648 - Antrag des Bildungsausschusses der Stadt Halle (Saale)
zum

„Klimaschutz

Ansparen der Einsparungen aus dem Projekt

macht Schule“

Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, welche Möglichkeiten bestehen, dass die Einsparungen aus dem Projekt „Klimaschutz macht Schule“ für jede Schule, die es wünscht,

- länger als ein Jahr angespart werden können und
 - im Verwaltungshaushalt für den laufenden Schulbetrieb sowie im Vermögenshaushalt für intensive Maßnahme verwendet werden dürfen.
-
-

Zu TOP 17 - Anfragen von Stadträten

(Auf den Seiten 141 bis 172 werden die Anfragen sowie die Antworten der Stadtverwaltung wiedergegeben.

Ab Seite 173 erfolgt die Niederschrift der Diskussion dazu im Stadtrat.)

**Anfrage der Stadträtin Gerlach, MBL - betreffs des Zustandes von
Straßennamensschildern**

Vorlagen-Nr.: III/2000/00649

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Anfrage der Stadträtin Gerlach, MBL - betreffs der Benennung von
Haltestellen**

Vorlagen-Nr.: III/2000/00650

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage der CDU-Fraktion - Freie Fahrt für Bahnen und Busse

Vorlagen-Nr. : III/2000/00632

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage des Stadtrates Kupke, CDU - Zuständigkeit für die Beräumung von „herrenlosem“ Sperrmüll

Vorlagen-Nr. : III/2000/00633

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage der CDU-Fraktion - Haus Große Märkerstraße 5

Vorlagen-Nr. : III/2000/00634

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage der PDS-Fraktion - Straßenbeleuchtung an verschiedenen Orten in der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr. : III/2000/00631

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage der PDS-Fraktion - Gedenkstätte der Märzgefallenen auf dem Ammendorfer Friedhof

Vorlagen-Nr. : III/2000/00636

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage des Stadtrates Prof. Dr. Kiel, PDS - zum vorgesehenen und notwendigen Neubau eines Feuerwehrgebäudes im Stadtteil Reideburg

Vorlagen-Nr.: III/2000/00602

Herr Prof. Kiel, PDS-Fraktion, bemerkte, es gehe nicht nur um den Neubau des Feuerwehrgebäudes, sondern auch um eine Zufahrt, um Konfliktsituationen mit den anliegenden Kindertagesstätten zu vermeiden.

Er bat Herrn Heinrich, bei Beginn der Baumaßnahmen sich von den getroffenen Festlegungen zu überzeugen; auch würde er selbst gern dabei sein.

Anfrage des Stadtrates Dr. Bartsch, PDS - zur Verschmutzung von Kinderspielplätzen

Vorlagen-Nr.: III/2000/00604

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage der Stadträtin Prof. Vent, MitBürger e.V. - zum Internationalen Kindertag am 1. Juni 2000

Vorlagen-Nr.: III/2000/00625

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage der Stadträte Tannenberg und Dr. Yousif, PDS und Weiland, HAL B 90/GRÜNE - zum Deutschunterricht für Migrantinnen und Migranten

Vorlagen-Nr.: III/2000/00627

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage des Stadtrates Stemme, MBL - betreffs Beleuchtung der Berliner

Chaussee (B 100)

Vorlagen-Nr.: III/2000/00651

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Anfrage des Stadtrates Biesecke, SPD - zur Stadtplanung südlich Franz-Heyl-Straße

Vorlagen-Nr.: III/2000/00646

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen:

Herr **Bönisch**, Vorsitzender des Stadtrates, nahm Bezug auf eine schriftlich vorliegende Anfrage zur Situation des Thalia-Theaters, gestellt von Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, bat, die gestellten Fragen in der Sitzung des Theaterausschusses am 2. Mai zu erörtern.

Auf die ebenfalls schriftlich gestellte Anfrage von Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, zum Aufnahmeverfahren in das 5. Schuljahr an Gesamtschulen werde er eine schriftliche Antwort geben.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, ging auf seine in der letzten Ratssitzung gestellten Fragen zum Ratsinformationssystem ein. Dazu habe er eine schriftliche Antwort der Verwaltung bekommen. Er fragte, ob der Beschluss selbst noch einmal in diesem System

notiert werde. Das System arbeite mit dem Begriff „Beschlussvorschlag“. Gelegentlich ändere sich dieser Vorschlag jedoch; dieser verbindliche Beschlusstext könne bisher nicht abgerufen

werden. Diese Frage sollte beantwortet werden.

Eine weitere Frage drehe sich um die Bereitstellung der Sitzungsunterlagen in einem geschützten und in einem freien Bereich im Internet. Wann könne man die ersten Abrufungen vornehmen?

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, dazu werde schriftlich geantwortet. Ob jedoch

die in einer bereits gegebenen Stellungnahme genannten Termine eingehalten werden können, nachdem die Auftragsvergabe im Hinblick auf die Dienstleistungen im Hauptausschuss gescheitert sei, wage er zu bezweifeln.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, bat die Verwaltung zu prüfen, ob man bei der Aufstellung der Tagesordnung nicht wieder zu der linearen Aufzählung der Nummern bei Anträgen und Anfragen kommen könne. Es würde sehr lange dauern, bis man jetzt etwas findet.

Er ging weiter auf ein ABM-Projekt „Resozialisierung von Kampfhunden“ im Tierheim ein. Ihn interessiere, wie lange dieses Projekt geplant sei, mit welchem öffentlichen Interesse dieses

ABM-Projekt beim Arbeitsamt begründet worden sei und wie dieses Projekt zur Entscheidung

des Stadtrates, eine Steuer für Kampfhunde einzuführen, stehe.

Er bat um eine schriftliche Antwort.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, fragte Herrn Gärtner, warum die Frage Montessori-Schule im letzten

Bildungsausschuss unter Punkt Mitteilungen behandelt worden sei, obwohl die Folgen für die Kinder dieser Schule verheerend seien. Warum seien die Eltern dieser Kinder nicht wenig-

stens rechtzeitig benachrichtigt worden? Wie denke er, solle mit den Schülern weiter verfahren werden, wenn sie ihren Bildungsweg so nicht weiter fortführen können.

Sie bat um eine schriftliche Antwort.

Für einen sachkundigen Einwohner fragte sie: In Ergänzung des Stadtratsbeschlusses 96/I-16/A-86 empfiehlt der Vergabeausschuss, alle Bauleistungen ab 20 TDM auf Zuverlässigkeit und Tariftreue zu überprüfen. Bei mangelnder Zuverlässigkeit oder falschen Angaben

oder Nichteinhaltung vorgegebener Termine sollten diese Auftragnehmer für ein Jahr und bei Wiederholung weitere zwei Jahre nicht berücksichtigt werden. Dazu stelle man folgende

Fragen: Welche Sanktionen sehe die Stadt bei Auftragnehmern, bei denen nach erfolgter Auftragserteilung ein Verstoß gegen obigen Beschluss festgestellt habe, vor?

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, antwortete, er glaube, er habe da einen Zusatz eingebracht, dass dies im Stadtrat beschlossen werden müsse, weil dafür der Vergabeausschuss kein beschließender Ausschuss sei. Diese Entscheidung müsse also dem Stadtrat vorgelegt werden, wenn dieser sich dazu positioniere, könne man dazu verfahren. Die Stadt

habe jedoch sehr geringe Möglichkeiten, mehr könne über das Hauptzollamt und über das Arbeitsamt geregelt werden. Dazu sei jedoch bereits vom Arbeitsamt im Vergabeausschuss ausführlich informiert worden.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, fragte, welcher konkrete Zeitpunkt für die Entfernung der Wahl-plakate nach der Stichwahl vorgegeben worden sei.

Eine weitere Frage: Unmittelbar vor Beginn der Bauarbeiten in der Ludwig-Wucherer-Straße.

seien in Höhe des Grundstückes Nr. 30 Masten einbetoniert worden, die wenige Tage später

den Baumaßnahmen zum Opfer gefallen seien. Er bitte um Auskunft, auf wessen Veranlassung das vorgenommen worden sei.

Herr **Heinrich** zitierte aus seinem Schreiben an die Parteien, in dem er um unverzügliches Entfernen der Wahlwerbung gebeten hatte.

Herr **Misch** ging auf einen Schriftwechsel um eine Genehmigung ein. Das Schreiben von Herrn Heinrich komme ihm im Verhältnis dazu wie eine Liebeserklärung vor und sei nicht darauf ausgerichtet, recht schnell diese Werbung wieder aus dem öffentlichen Verkehrsraum der Stadt zu bekommen.

Herr **Heinrich** antwortete auf die zweite Anfrage, hier sei das Zusammenspiel nicht optimal

gewesen. Die Masten seien für zwei Vorwegweiser geplant gewesen. Sie seien nun wieder abmontiert und eingelagert worden, um künftig wieder verwendet werden zu können.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, stellte folgende Fragen an den Oberbürgermeister:

1. Sei dem Oberbürgermeister bekannt, dass die Kanzlei Feigl und Partner den Unternehmer

Marseille gegen die Stadt Halle bzw. ihre 100%ige Tochtergesellschaft, die GWG, in einer Klage mit einem momentanen Gegenstandswert von 127 Mio DM vertritt.

2. Wie werde Oberbürgermeister Dr. Rauen seinen nachwirkenden Treupflichten gegenüber

der Stadt Halle wahrnehmen, wenn er gleichzeitig als neuer Partner in die Kanzlei des Prozessgegners der Stadt Halle eintritt?

3. Wie habe sich Herr Oberbürgermeister Dr. Rauen zur Vermeidung von nachwirkenden Interessenkollisionen über das Klientel seiner zukünftigen Partner sachkundig gemacht und habe er mit seinen zukünftigen Partnern auch über den Rechtsstreit gesprochen, den seine Partner im Namen des Herrn Marseille gegen die Stadt bzw. die GWG führen?

4. Seit wann bestehe bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Rauen die Absicht, in die Kanzlei Feigl und Partner einzutreten und wann seien die ersten Gespräche in dieser Sache geführt worden?

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** antwortete, den genauen Zeitpunkt, wann zum ersten Mal die Möglichkeit eines gemeinsamen Verbundes in dieser Kanzlei erörtert worden sei, könne

er nicht sagen. Nach seiner Erinnerung sei es im Sommer 1999 gewesen. Es gebe aber bis heute noch keinerlei schriftliche Vereinbarung.

Grundsätzlich sei zu sagen, wenn jemand mit mehreren Anwälten in einer Kanzlei verbunden

sei, so sei das ein aus Nützlichkeitsgründen stattfindender Verbund, in dem man selbstverständlich für die laufenden Prozesse, die man als Einzelner führe, Verantwortung trage.

Es sei nicht auszuschließen, dass eine Interessenkollision durchaus eintreten könne; dann müsse das ganz persönlich im Einzelfall entschieden werden.

Um seine Auffassung noch einmal von einer objektiven Stelle überprüfen zu lassen, habe er

vor der Aufnahme konkreter Gespräche mit der Justizministerin des Landes ein Gespräch geführt und die Bitte geäußert, prüfen zu lassen, ob es Hinderungsgründe gebe, dass er in eine solche Kanzlei eintrete. Er habe die Auskunft bekommen, dass keinerlei Gründe gesehen würden, die gegen den Eintritt in eine Kanzlei sprechen.

An diesem genannten konkreten Verfahren werde er - wenn es zu einer Einigung komme - in keinem Falle, weder finanziell noch sonst irgendwie, beteiligt sein.

Herr Heft, PDS-Fraktion, bezog sich auf eine Ausschreibung der Wirtschaftsagentur Halle-Leipzig GmbH in der „MZ“ für die Stelle eines Projektleiters/in. Er fragte, wie diese Stelle finanziert werden solle bzw. ob es Änderungen des Wirtschaftsplanes gebe. Wenn Ja, in welcher Form sei der Rat oder Teile des Rates darüber informiert worden bzw. werde er informiert?

Herr Walter, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, antwortete, der Etat der Wirtschaftsagentur betrage nach wie vor 700 TDM. Innerhalb dieses

Etats seien alle Maßnahmen abzudecken.

Es liege in der Verantwortung des Geschäftsführers, innerhalb dieses Budgets eine solche Ausschreibung vorzunehmen.

Herr Heft meinte weiter, es sei geplant, drei bis fünf Projektleiter einzustellen; wenn er die

Kosten dieser Stellen zu denen der bereits vorhandenen Stellen addiere, bleibe nichts für Sachkosten übrig. Wie also würden diese geplanten Stellen finanziert?

Wenn eine Beantwortung jetzt nicht möglich sei, bitte er kurzfristig um ausführliche Antwort im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.

In Leipzig stünden im Mai bzw. Juni entsprechende Entscheidungen an, während man hier in

Halle noch nicht einmal die Vorbereitungen getroffen habe.

Herr Walter entgegnete, die Vorbereitungen verliefen parallel. Eine endgültige Vorlage sei bisher noch nicht zustande gekommen. Zur Zeit gebe es keinen finanziellen Spielraum, um über diesen hinaus, weiteres Personal zu beschäftigen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rauen ergänzte, der Oberbürgermeister von Leipzig und er seien, gemeinsam mit den Wirtschaftsdezernenten, der Auffassung, dass man sehr kritisch überprüfen müsse, ob und inwieweit Aktionen dieser Wirtschaftsagentur zweckmäßig seien oder nicht. Es sei vorgeschlagen worden darüber nachzudenken, ob es sinnvoll sei, sozusagen flächendeckend den Markt abzugrasen, ob man jemanden findet, der investiert oder in irgend einer Weise mit der Region wirtschaftlich in Verbindung tritt, sondern man habe die Anregung gegeben, darüber nachzudenken und zu analysieren, welche Potentiale in der Region an Unternehmen vorhanden sind und dann möglicherweise europa- oder weltweit nur auf diese Sektoren zuzugehen, soweit dort irgendwelches Interesse festgestellt

werden könne. Daraus sei der Gedanke geboren worden, ob es nicht sinnvoll sei, z.B. für die Branche Chemie oder anderes jemanden gezielt einzusetzen. Dabei sei natürlich auch die Möglichkeit ins Auge gefasst, solche Aufträge nicht selbstständig durch eigenes Personal

wahrzunehmen, sondern Agenten dafür einzusetzen. Das alles seien Möglichkeiten, die gegenwärtig erörtert würden, aber noch nicht zum Abschluss gekommen seien. Selbstverständlich werde der Stadtrat bzw. der Ausschuss darüber informiert.

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, erklärte, in der letzten Stadtratstagung habe sie eine Anfrage zum Gutachten zur unteren Leipziger Straße gestellt. Es sei geantwortet worden, dass das Gut-

achten noch nicht vorliege, erst Anfang April damit zu rechnen sei.

Sie bat um eine schriftliche Beantwortung ihrer Frage bis zum nächsten Stadtrat.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, sprach den Jugendklub „Weiße Rose“ und die geplante Be-

bauung der Kammstraße an. Im Jugendklub herrsche Besorgnis darüber, dass es zu Konflikten

zwischen den Bewohnern von Wohnungen und dem Jugendklub kommen könne.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, verwies auf die Diskussion im Fachausschuss am 12. April. Diese Nachbarschaftsprobleme würden nichts an der Planung ändern. Das müsste ordnungsrechtlich geregelt werden.

Frau **Dr. Haerting** entgegnete, aus dem Jugendhilfeausschuss sei ihr bekannt, dass die Probleme erheblich seien und es viel Zeit und Kraft koste, die Parteien an einen Tisch zu bringen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** bestätigte, man habe diese Konflikte gehabt, und es sei gelungen, die Parteien an einen Tisch zu bekommen. Sie vertrete die Auffassung, man müsse

die Leute, die dorthin zögen, schon darauf aufmerksam machen, dass dort der Jugendklub beheimatet ist. Auf der anderen Seite müssten die Jugendlichen im Jugendklub auch wissen, dass sie in einer Stadt leben und nicht auf einer einsamen Insel und dass dazu nachbarschaft-

liche Beziehungen gehören.

Herr **Dr. Busmann** sagte entsprechende Informationen zu.

Weitere Anfragen gab es nicht.

Zu TOP 18 - Mitteilungen

Herr **Dr. Fritsch**, CDU-Fraktion, informierte, dass er vor einiger Zeit von der Stadtverwaltung einen Brief im Format A5, korrekt mit 3 DM frankiert, erhalten habe. Der Inhalt sei eine DIN-A4-Seite gewesen. Hätte man diese Seite in einen DIN-A6-Briefumschlag gesteckt, hätte es die Stadt 1,10 DM gekostet. Natürlich seien das Peanuts, aber wenn man so damit um sich schmeiße, sei es doch traurig. Die Stadtverwaltung möge in Zukunft besser aufpassen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, teilte mit, dass ihm von der Städtereklamе zur Kenntnis gelangt sei, dass der HAVAG seit der Inbetriebnahme der neuen Linien nach Halle-Neustadt mehrere Zig-tausend-Mark an Werbeeinnahmen verlustig gegangen seien, weil es bisher noch nicht zum Abschluss von Verträgen für die neuen Straßenbahnhaltestellen gekommen sei. Desgleichen seien der HAVAG Ausfälle entstanden, weil sie in Fällen von Vandalismus Leistungen für die Städtereklamе vorfinanziert habe. Er bitte, dass die Stadt als Gesellschafter das zur Kenntnis nehme und ihren Einfluss geltend mache, dass diese Einnahmemöglichkeiten genutzt würden.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** gab eine persönliche Erklärung ab:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist fast auf den Tag neun Jahre her, dass ich mein Amt als Oberbürgermeister übernommen habe, und jeder weiß, dass dies meine, letzte Ratssitzung heute gewesen ist, an der ich wenigstens zeitweilig habe teilnehmen können.“

Ich möchte jetzt nicht einen langen Rückblick machen, aber eine ganze Reihe von den hier Anwesenden haben mich auf diesem Weg von der ersten Stunde meiner Tätigkeit an begleitet.

Wir haben in diesen Jahren außerordentlich wichtige Entscheidungen für die Stadt gemeinsam und oft auch nicht an Parteigrenzen, sondern über Parteigrenzen hinweg, ich glaube zum Wohle der Stadt auf den Weg gebracht.

Dass, was wir jetzt als Ergebnis dieser Tätigkeit sehen, mag man, je nach Geschmack, unter-

schiedlich fertiggestellt halten. Man kann von einem Gebäude sprechen, das ein solides Fundament hat, man kann von unterschiedlich, je nach Betrachtungsweise, verschiedenen gebauten Etagen oder auch dem fertigen Rohbau sprechen. Wir alle wissen, dass das, was für

die Stadt getan ist, in dem für mich sich jetzt abschließenden Lebensabschnitt nicht vollendet

worden ist und auch angesichts der gesamten Umstände nicht vollendet werden konnte.

Gleichwohl bin ich der Überzeugung, dass wir gemeinsam stolz sein können auf das, was Rat und Verwaltung trotz aller Mängel, die auch heute an dieser oder jener Stelle wieder zu Tage getreten sind, gemeinsam erreicht haben.

Und dafür möchte ich allen, die daran beteiligt waren, danken.

Ich möchte auch für viele persönliche Kontakte danken, die sich aus der Sache heraus entwickelt haben und dann in vielen Fällen über die Befassung mit der Sache hinaus gegangen sind.

Ich möchte mich für viele ehrliche, ganz persönliche Aussagen bedanken, die mir geholfen haben, die Menschen besser zu verstehen, die ihre Sozialisation in der DDR gehabt hatten - ein Erlebnis, das mir angesichts der Trennung Deutschlands ja nicht zuteil werden konnte. Ich war also darauf angewiesen, mich in vielen Fällen hineinzufühlen in die Denkwelt derer,

die hier aufgewachsen waren, die hier gelebt haben, die hier Verantwortung getragen haben,

die hier auch eine bestimmte politische Auffassung zu ihrer eigenen gemacht hatten.

Dies alles war für mich ein außerordentlich wertvoller und - ich sage auch nicht ohne Grund -

lehrreicher Prozess. Auch dafür möchte ich danken.

Meine persönliche Erfahrungs- und Erlebniswelt ist dadurch in einem Maße ausgeweitet worden, wie ich mir das vor zehn Jahren auch noch nicht hätte vorstellen können.

Ich sage also ein herzliches Dankeschön für diese Zusammenarbeit und ich möchte auch hinzufügen, dass in den manchmal heftigen Auseinandersetzungen, die mit unserem politischen Geschäft in einem solchen politischen Gremium verbunden sind, es vielleicht auch den

einen oder anderen Rundumschlag gegeben hat, auch von mir. Und wenn ich da jemanden getroffen haben sollte, der nicht gemeint war, dann tut mir das auch heute noch leid, und ich möchte formell sagen: Das bitte ich zu entschuldigen.

Ich meine aber, dass ist nicht das Entscheidende, das haften bleiben wird. Haften bleibt eine insgesamt erfolgreiche und eine insgesamt angenehme Zusammenarbeit, so sehr im Einzel-

fall Konflikte auszuhalten waren und auch in Zukunft auszuhalten sein werden.

Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie jetzt in Zukunft ohne das Ratsmitglied Rauen Ihre Meinungsbildung und Ihre Entscheidungen für die Stadt zu treffen haben, dass Sie für diese Stadt, die mir in diesen Jahren auch ans Herz gewachsen ist, immer die richtigen Entscheidungen treffen und dass Sie über kleinen, manchmal kleinlichen Ausein-

andersetzungen die großen Ziele für diese Stadt nicht aus den Augen verlieren, die nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses von Rat und Verwaltung stehen müssen.
Ich bedanke mich und ich wünsche Ihnen persönlich und ich wünsche dieser Stadt alles Gute und Glück auf.“

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 9. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale).

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Szabados
Bürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian
Stadt Halle (Saale)
Kommunalbüro

08.05.2000

N i e d e r s c h r i f t

**der 9. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
am 26.04.2000 - *n i c h t ö f f e n t l i c h***

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 19.15 Uhr bis 20.15 Uhr

Anwesenheit: siehe Anhang zur Niederschrift öffentlicher Teil

Die 9. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde in nichtöffentlicher Beratung unter der Leitung des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard Bönisch, fortgesetzt.

Zur Tagesordnung:

Zu streichen sei die Vorlage - **Auftragsvergabe zur Übernahme der EDV-Dienstleistungen einschließlich des Projektes „Erneuerung der Datenverarbeitung der Stadtverwaltung Halle“ an**

die IT Consult - Vorlage Nr. III/2000/00626 - unter TOP 04.

Aufzunehmen sei die Vorlage - Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister - Vorlage Nr. III/2000/00669 - sowie der Antrag des Hauptausschusses auf Verleihung eines Ehrenbechers - Vorlage Nr. III/2000/00671.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, meinte, der Antrag des Hauptausschusses auf Verleihung eines Ehrenbechers könne nur als Eilantrag bestehen, denn er komme nicht zu angemessener

Zeit mit einem Vorlauf von 21 Tagen in den Stadtrat. Er sehe keine Eilbedürftigkeit.

Der Beschluss des Hauptausschusses könne nicht ordnungsgemäß zustandegekommen sein. Bei der Erörterung der Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils dieser Sitzung sei dieser Antrag nicht als Eilantrag eingebracht worden.

Er werde gegen die Aufnahme des Antrages auf die Tagesordnung stimmen, weil keine Eilbedürftigkeit bestehe.

Herr **Bönisch** erläuterte die Verfahrensweise, die zu dem Antrag des Hauptausschusses geführt hat.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte, es sei Fakt, dass in jedem Ausschuss jeder einen Antrag stellen könne, mündlich oder schriftlich. Wenn der Ausschuss sich dieses Antrages annehme, und so habe man sich auch verständigt, auch mit der Verwaltungsspitze,

dass dann der Hauptausschuss einen Antrag anbringt. Natürlich habe er die Funktion eines Eilantrages.

Herr **Prof. Schuh** erklärte, die Geschäftsordnung sehe für die Ausschüsse und den Stadtrat Anträge vor, die 21 Tage vorher eingebracht werden oder die im Eilverfahren auf die Tages-

ordnung kommen. Sonstige Anträge gebe es nach dieser Geschäftsordnung nicht. Er empfahl, den Antrag heute nicht auf die Tagesordnung zu setzen, sondern in ordentlicher Verfahrensweise im Mai einzubringen.

Herr **Bönisch** äußerte, Herr Prof. Schuh habe prinzipiell Recht, ganz formal korrekt sei die Angelegenheit im Hauptausschuss nicht behandelt worden, allerdings habe es die Vorab-sprache zuvor gegeben mit einem breiten Konsens zu dieser Verfahrensweise.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erläuterte, der Vorsitzende des Stadtrates habe im Hauptausschuss unter dem Tagesordnungspunkt „Anträge“ einen Antrag eingebracht, und der Hauptausschuss habe sich dieses Antrages mit großer Mehrheit angenommen.

Herr **Dr. Meerheim** merkte an, formal rechtlich habe Herr Prof. Schuh Recht. Es sei aber jedem Ausschuss unbenommen, eine Sache zu besprechen und daraus einen Antrag an den Stadtrat zu machen. Als solches könnte man die Angelegenheit in diesem Fall behandeln.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, äußerte Verwunderung über diese Diskussion. Wenn Herr Prof. Schuh dieses Verfahren kritisiere, müsste er eigentlich auch die Vorlage zur Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister anmahnen, diese sei auch nicht als Eilantrag eingebracht worden.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, ging auf das Verfahren im Hauptausschuss ein. Den Antrag habe man dort sehr intensiv beraten. Dass er nach Geschäftsordnung vielleicht nicht ordnungsgemäß auf die Tagesordnung gekommen sei, nehme er erst einmal als gegeben hin. Aber die jetzige Diskussion sei unwürdig. Er stelle jetzt formell den Antrag, den Antrag des Hauptausschusses dringlich auf die Tagesordnung zu nehmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Aufnahme in Tagesordnung
Vorlage Dienstaufsichtsbeschwerde: mit Zweidrittelmehrheit
z u g e s t i m m t

Abstimmung Aufnahme in Tagesordnung
Vorlage Ehrenbecher: mit 43 Ja-Stimmen
z u g e s t i m m t

Abstimmung zur Tagesordnung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

- 01 Genehmigung der Niederschrift der 8. Tagung am 22. März 2000
(nichtöffentlicher Teil)
- 02 Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes hier: Maßnahmen zur Verringerung des
Personalüberhanges
Vorlagen-Nr.: III/2000/00616
- 03 Vergabe von Bauleistungen - Kindergarten „Waldhaus“, Tolstoistraße 9,
Ersatzneubau
Vorlagen-Nr.: III/2000/00620
- 04 Dringlichkeitsvorlage - Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den
Oberbürgermeister
Vorlage Nr.: III/2000/00669
- 05 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Antrag des Hauptausschusses - Verleihung eines Ehrenbeckers
Vorlagen-Nr.: III/2000/00671

Antrag von Stadträtinnen und Stadträten der HAL-Fraktion - zur Überprüfung
der
städtischen Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen
Vorlagen-Nr.: III/2000/00622
- 06 Anfragen von Stadträten

Anfrage der Stadträtin Prof. Vent, MitBürger e.V. - zum Vergabeverfahren der
Immobilie Gut Gimritz
Vorlagen-Nr.: III/2000/00624
- 07 Mitteilungen

Entscheidung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und
Liegenschaften am 7. März 2000 - zum Verkauf des Gutes Gimritz
Vorlagen-Nr.: III/2000/00617

Zu TOP 01 - Genehmigung der Niederschrift

Im Stadtrat bestand Konsens darüber, die Genehmigung der Niederschrift auf die Maitagung zu verschieben.

Zu TOP 02 - Beschlussvorlage - Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes hier: Maßnahmen zur Verringerung des Personalüberhanges Vorlage Nr. III/2000/00616

Frau Bürgermeister Szabados führte aus, der Stadtrat habe in seinen Sitzungen im Januar und im Februar über Abfindungsregelungen entschieden. Da dafür Ausnahmen zu beantragen gewesen seien, habe die Verwaltung das bei der obersten Kommunalaufsicht, d.h. beim Innenministerium des Landes beantragt. Nach Diskussionen sei mitgeteilt worden, dass diesen übertariflichen Abfindungen so, wie es hier beschlossen worden sei, nicht zugestimmt werden könne. Das Land habe selbst Regelungen zur Verhinderung von betriebsbedingten Kündigungen und zum Personalabbau herausgegeben und man empfehle der Stadt, dass sie sich an diese Regelungen halte. Mit dem Innenministerium gebe es aber insoweit Übereinstimmung, dass die Stadt an einigen Stellen ändern sollte, z.B. was die Höhe der übertariflichen Abfindungen angehe. Geändert werden solle auch der Kündigungstermin und zwar vom 30.09. auf 30.11.2000.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, fragte, ob die anderen Regelungen, die in der Vorlage im Januar mitbeschlossen worden seien, durch das Innenministerium genehmigt worden seien.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, zu den Qualifizierungsmaßnahmen habe das Innenministerium keine Bedenken, auch nicht zur Frühverrentung. Es habe noch Hinweise gegeben, z.B. wenn ein Betroffener eine Abfindung erhalten habe und einen neuen Job bekomme, müsse die Stadt das Geld zurückfordern. Das Land habe dazu eine Richtlinie herausgegeben.

Herr Heft, PDS- Fraktion, äußerte, wenn er das richtig verstanden habe, möchte das Land, die Beschlüsse, die die Stadt Halle in Vorbereitung des heutigen Beschlusses gefasst habe, nicht genehmigen, d.h. also, die Entscheidung, die er als Stadtrat getroffen habe, werde vom Land nicht akzeptiert, und das Land diktierte ihm als Stadtrat eine andere Entscheidung auf.

Wenn dem so sei, sei das eine Beschneidung seiner Entscheidungsfreiheit als Stadtrat. Wenn dem so sei, möge man seinen Protest zu Protokoll nehmen: Er lasse sich vom Regierungspräsidium nicht in seiner Entscheidungsfreiheit diktieren.

Frau Bürgermeisterin Szabados verwies auf § 73 (3), Satz 2 der GO LSA.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2000/00616 - Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes, hier:
Maßnahmen
zur Verringerung des Personalüberhanges**

1. Folgenden Maßnahmen zum Personalabbau im Erziehungsdienst wird zugestimmt.

- A) Maßnahmen des innerbetrieblichen Interessenausgleichs:
- Umsetzung auf geeignete und freie Stellen innerhalb der Stadtverwaltung
 - Auflösungsverträge
 - Vorgezogene Verrentung von Erzieherinnen
- B) Struktur - Kurzarbeit

Für den Fall der Ablehnung des gestellten Antrages auf Gewährung von
struktureller

Kurzarbeit:

- C) betriebsbedingte Kündigungen

2. Die zur Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen notwendigen Haushaltsmittel sind im Unterabschnitt 4640 - Verwaltung Kindertageseinrichtungen - einzustellen.

**Zu TOP 03 - Beschlussvorlage - Vergabe von Bauleistungen -
Kindergarten**

„Waldhaus“, Tolstoistraße 9, Ersatzneubau
Vorlage Nr. III/2000/00620

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2000/00620 - Vergabe von Bauleistungen - Kindergarten „Waldhaus“,
Tolstoistraße 9, Ersatzneubau**

**Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an Regnauer Fertigbau GmbH und Co KG,
Firmensitz Seebrück und Oschatz, mit einer Bruttosumme von 3.362.498,99 DM zu**

erteilen.

**Zu TOP 04 - Beschlussvorlage - Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den
Oberbürgermeister**
Vorlage Nr. III/2000/669

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00669 - Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den
Oberbürgermeister

Die Stadtrat beschließt, die von Herrn Dieter Brabandt im Schreiben vom 17.03.2000 gegen den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Rauen, erhobene Dienstaufsichtsbeschwerde zurückzuweisen.

Zu TOP 05 - Anträge von Fraktionen und Stadträten

Zu Antrag des Hauptausschusses - Verleihung eines Ehrenbechers
Vorlage Nr. III/2000/00671

Herr Prof. Schuh, SPD-Fraktion beantragte eine Auszeit.

Der Stadtrat nahm eine A u s z e i t.

Herr Prof. Schuh erklärte, es gebe in seiner Fraktion eine sehr gespaltene Meinung zu diesem Vorgang. Eine nicht kleine Gruppe vertrete den Standpunkt, dass es nicht angemessen sei, jedem bezahlten hauptamtlich tätigem Politiker mit Ehrendingen zu verabschieden. Das sei

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, verwies namens seiner Fraktion den Antrag in den Rechnungsprüfungsausschuss

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, fragte, ob das der richtige Ausschuss dafür sei.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, meinte, in diesem Antrag werde nur eine Überprüfung beantragt. Wenn man eine Überprüfung überprüfe, dann komme der Stadtrat langsam ins Schleudern. Man sollte mit der Verweisung langsam aufhören.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, die Verwaltung empfehle in ihrer Stellungnahme, die Überprüfung vorzunehmen. Sie schlug vor, dass die Verwaltung beginnen solle zu arbeiten und nach Vorlage des Ergebnisses könne immer noch entschieden werden, in welchem Ausschuss darüber diskutiert werden solle.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, wunderte sich, heute werde bereits zum zweiten Mal diskutiert, ob die Verwaltung vorher arbeiten solle, bevor die Ausschüsse arbeiten. Er sei ganz selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Verwaltung die Arbeit der Ausschüsse anständig vorbereite.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den

- Rechnungsprüfungsausschuss

v e r w i e s e n .

Zu TOP 06 - Anfragen von Stadträten

Anfrage der Stadträtin Prof. Vent, MitBürger e.V. - zum Vergabeverfahren der Immobilie Gut Gimritz

Vorlage Nr. III/2000/00624

(An der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes nahm Herr Stadtrat Prof. Dr. Schuh gemäß § 31 GO LSA nicht teil.)

Frau Prof. Vent, HAL-Fraktion, erklärte, richtig gelesen sei ihre Anfrage nicht beantwortet worden. Sie hätte sich mehr Details gewünscht.

Herr Walter, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, äußerte, er habe versucht, in der Antwort die für die Entscheidung relevanten Tatsachen aufzuführen. Er bot an, dass Frau Prof. Vent oder ein anderer Vertreter der Fraktion Akten-einsicht nehmen könne.

Frau Prof. Vent entgegnete, sie werde das Angebot zur Akteneinsicht annehmen. Unklar sei ihr, wieso Herr Walter selektiere, was in der Anfrage gewünscht werde. Es sei deutlich formuliert worden, was sie wissen möchte.

Herr Walter erwiderte, wenn z.B. nach Gesprächsnotizen leitender Mitarbeiter gefragt werde, dann müsse er wissen, auf was sich diese beziehen sollen. Er ging nochmals auf Einzelheiten des Hergangs ein.

Frau Prof. Vent konkretisierte, sie würde gern wissen, wann die einzelnen Bewerber sich mit ihren Kaufangeboten an das Dezernat gewandt hätten.

Herr Walter antwortete, diese Frage sei von ihm beantwortet worden.

Frau Prof. Vent meinte, das Problem sei, dass relativ lange der erste Bewerber in dem Glauben gelassen worden sei und ihm auch bestätigt worden sei, dass er der einzige sei. Einem Investor, der sehr viele Millionen investieren wolle und der sich hier schlecht behandelt fühle und der Meinung sei, nicht ausreichend informiert zu werden, müsse doch wenigstens eine Information zugehen, dass er im Wettbewerb stehe. Und das sei offensichtlich nicht der Fall gewesen.

Weitere Anfragen gab es nicht.

Zu TOP 07 - Mitteilungen

Schriftlich lag vor:

- Entscheidungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften am 7. März 2000 - zum Verkauf des Gutes Gimritz
Vorlagen Nr. III/2000/00617

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 9. nichtöffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale).

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Szabados
Bürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Stadt Halle (Saale)
Kommunalbüro

02.05.2000

N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde zur 9. Tagung des Stadtrates der Stadt
Halle (Saale) am 26.04.2000

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.10 Uhr bis 14.20 Uhr

Die Einwohnerfragestunde wurde vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**, eröffnet und geleitet.

Herr **Börner**, Elternvertreter der Kita Lutherstraße, bezog sich auf eine Vollversammlung der Elternbeiräte am 16.03.2000. Nach dieser Sitzung seien die Leiterinnen aufgefordert worden, zu Äußerungen der Eltern Stellung zu nehmen. Ihm sei unklar, warum die Leiterinnen zu Äußerungen der Eltern schriftlich Stellung nehmen müssen. Er fragte, mit welchem Recht eine Kitafachberaterin entscheide, was ein Elternvertreter schriftlich aushängen dürfe und was nicht.

Er verwies darauf, dass seine Anfrage den Stadträten in schriftlicher Form vorliege.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sagte eine Prüfung sowie eine schriftliche Antwort zu.

Herr **Weinreich** fragte, ob ein Stadtratsbeschluss gefasst worden sei, die öffentlichen Wege auf der Rabeninsel zu blockieren. Seien dafür öffentliche Mittel verwendet worden und wer habe veranlasst, auf fremden Betriebsgelände eine Absperrung anzubringen?

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, antwortete, die Wege so zu sperren, sei eine Auflage, die durch Gerichtsbeschluss festgelegt worden sei; es habe Streit zwischen dem Naturschutzbund und der Stadt Halle gegeben, und das Gericht habe so entschieden.

Herr **Weinrich** ergänzte, bei dem Gelände handle es sich um das Pulverweidenwerk, das Gelände der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Er frage, warum soviel Geld für diese Brücke ausgegeben worden sei, wenn nun die Wege auf der Insel nicht mehr benutzt werden können.

Herr **Heinrich** entgegnete, diese Meinung habe er auch vertreten; das Gericht habe sie jedoch nicht anerkannt. Auch die Zufahrt für Autos habe gesperrt werden müssen. Dies sei eine Auflage gewesen, ohne deren Erfüllung die Brücke nicht hätte freigegeben werden können.

Herr **Kautius** ging auf einen heute zur Debatte stehenden Antrag ein, bei dem der Hallmarkt wieder zum Parkplatz gemacht werden soll. Wenn er das richtig sehe, wolle man damit den Göbel-Brunnen wieder zum Abfallsammelplatz degradieren. Auch der Künstler werde nicht wollen, dass sein Werk von Pkws eingerahmt werde. - Das sollte man nicht machen.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, ging auf die Antwort der Verwaltung zu diesem Antrag ein. Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten mit Stellplätzen allenthalben in der Innenstadt sei die Stadt der Meinung, dass der Hallmarkt autofrei bleiben soll.

Frau **Seifert** kam auf eine öffentliche Veranstaltung am 22.04.2000 in der Wilhelm-Külz-Str. 6 zu sprechen, die von der Burschenschaft „Germania“ in Verbindung mit einigen einschlägig bekannten rechtsradikalen oder neonazistischen Personen veranstaltet worden sei. Sie möchte von der Stadt wissen, ob diese Veranstaltung bekannt gewesen sei, inwiefern Informationen darüber vorhanden seien und welche Konsequenzen die Stadt daraus ziehe, dass in Halle mittlerweile Herr Hupka, der ehemalige NPD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, in dieser Burschenschaft auftritt ebenso wie Herr Apelt von der Freien Kameradschaft Klötze.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Personal, Verwaltung und Ordnung, sagte eine

schriftliche Antwort zu.

Frau Seifert ergänzte, zu eben diesem Veranstaltungsort Wilhelm-Külz-Str. 6 habe im Februar eine Anfrage im Polizeibeirat vorgelegen, die bisher nicht beantwortet worden sei. Damals sei es um ein Konzert gegangen.

Herr Dr. Roscher verwies auf eine schriftliche Antwort bis spätestens Mitte nächster Woche.

Frau Richter fragte, wann es mit der Gestaltung der unteren Leipziger Straße weitergehe. Es seien u.a. Blumenkübel, Bänke angekündigt worden.

Herr Beigeordneter Heinrich antwortete, die Straße müsse erst noch fertiggestellt werden auf den Strecken bei „Peek & Cloppenburg“ und bei Lührs Bau. Leider habe Lührs Bau den Termin der Baufreiheit für Anfang Mai nicht gehalten, so dass die untere Leipziger Straße sicher nicht vor Mitte Juni fertig sein werde.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Szabados
Bürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian